Nr. 54. Berlin, Sonnabend, den 4. März 1854.

Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 2 Rt 15 Sgr, mit Botenlohn 2 Rt 22½ Sgr — Für ganz Preußen, mit Postzuschlag: 3 Rt — Für ganz Deutschland: 3 Rt 18 Sgr — Die einzelne № wird mit 2½ Sgr berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Nr. 54. Berlin, Sonnabend, den 4. März 1854.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5. und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Kastellan Knoll vom Kriegs-Ministerium den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Haupt-Zoll-Amts-Diener Rausch in Stolpmünde das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Ober-Pionier Nußholz, den Pionieren Rogge und Giesen der 7. Pionier-Abtheilung die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Das 6te Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter

Nro. 3939 den Allerhöchsten Erlaß vom 16. Januar 1854, betreffend die Bewilligung der fiscalischen Vorrechte für den Bau einer Chaussee von Bromberg nach Polnisch-Crone; unter

Nro. 3940 den Allerhöchsten Erlaß vom 25. Januar 1854, betreffend die Errichtung einer Handelskammer für die Stadt Münster und die Kreise Münster, Beckum, Steinfurt, Warendorf und Tecklenburg; unter

Nro. 3941 den Allerhöchsten Erlaß vom 6. Februar 1854, betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee von Landeshut nach Schömberg; unter

Nr. 3942. die Bestätigungs-Urkunde, betreffend einen Nachtrag zu dem Statut der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 6. Februar 1854; unter

Nr. 3943. die Bekanntmachung über die unterm 30. Januar 1854 erfolgte Bestätigung des Statuts des Rawicz-Lübener Chausseebau-Vereins. Vom 12. Februar 1854; und unter

Nr. 3944. das Gesetz, betreffend die Conflicte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen. Vom 13. Februar 1854.

Berlin, den 4. März 1854.

Debits-Comtoir der Gesetz-Sammlung.

Ein auswärtiger Krieg —

wir haben schon bei England des Weiteren auseinandergesetzt, daß es nicht die „Industrie" ist, welche zu einem solchen Kriege drängt, daß der Banquier und Fabrikant, daß die City und Manchester, daß Cobden und Bright, ja, daß die Peeliten und gemäßigten Whigs sich trotz Elihu Burrit nach dem Frieden sehnen. Wir haben ferner dargelegt, daß die Englische Kriegspartei ihr Hauptquartier in den Bureaus der liberalen und demokratischen Presse aufgeschlagen, daß es die Demokratie ist, welche den Krieg heraufbeschworen, indem sie unter dem Scheine, das Recht der Türkei zu vertheidigen, eine Allianz mit der Europäischen Revolution ermöglicht, und indem sie das Englische Nationalgefühl aufgerufen zu keinem anderen Zweck, als um in der Heftigkeit der ersten Aufregung die Traditionen der Englischen Geschichte unvermerkt escamotiren zu können. Wir haben drittens darauf hingewiesen, wie die Tories, oder doch die, welche man heut zu Tage — in Ermangelung eines Besseren — Tories nennt, den Plänen der Demokratie dadurch Vorschub geleistet, daß sie sich haben verleiten lassen, die Aufrechthaltung eines von ihnen selbst als unhaltbar erkannten Status quo als die Haupt-Aufgabe der Conservativen zu behandeln, und sich dabei je länger desto mehr in der Täuschung zu befestigen — in der ja auch bei uns so Mancher befangen ist —, als hätten sie in einem auswärtigen Kriege ein gründliches Heilmittel gegen alle heimischen Schäden gefunden. Wir haben endlich erwiesen, daß ein solcher Krieg schließlich nur der Demokratie zu Gute kommen kann, nicht allein um deswillen, weil, wenn auch der Krieg eine straffere Centralisirung und rücksichtslosere Handhabung der Regierungsgewalt in gewissen Richtungen unabweislich machen dürfte, dies doch nur ein Vorübergehendes sein und schwerlich — wir erinnern an unsere Agrar-Gesetze und manches Andere — den conservativen Principien dienen dürfte, nicht allein weil ein längerer Krieg die künstlichen Grundlagen und Stützen unserer modernen Staats- und Finanz-Gebäude unfehlbar zerstören und — was die „Conservativen" so leicht übersehen — die Haupt-Bundesgenossen der Demokratie, Pauperismus und Proletariat, in weit gefährlicheren Dimensionen zurücklassen würde, sondern noch mehr deshalb, weil bei dem in Frage stehenden Kriege Principien, Modalitäten und Zweck auf der falschen Seite liegen. Es ist nicht unsere Sache, einen „frischen, fröhlichen Krieg" für eine gerechte Sache zu fürchten; doch soll ein Krieg reinigend und erneuernd wirken, so darf man nicht unter einer Fahne mit Mazzini und Kossuth gegen den Kaiser von Rußland, und nicht für den Halbmond gegen das Kreuz in Waffen stehen.

Was aber von England gilt, das wird immerhin mit geringen Abweichungen auch für Frankreich seine Gültigkeit haben; ja, es wird Manches dort in dem Maaße mehr zutreffen, als die Zustände künstlicher und gewaltsamer geworden sind.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Der Redaction ist folgendes Schreiben zugegangen:

„Eine verehrliche Redaction ersuche ich ergebenst, folgende Berichtigung auf Grund des § 26 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 einer in Ihrem Blatte stattgefundenen, mich betreffenden Entstellung, auf welche ich durch Freunde aufmerksam gemacht worden bin, in Ihre Zeitung aufzunehmen:

In Nr. 48 derselben, in der zweiten Spalte, sind in dem Bericht über die 19. Sitzung der Ersten Kammer mir die Worte in den Mund gelegt:

„Wecken Sie nicht das Gespenst des alten Kurfürsten, „damit er jenen Geist austreibe, der nur mit der „faulen Grete" zu besiegen war."

„Abgeordneter v. Ploetz (thatsächlich):

„Der Herr Vorredner bezeichnet die Bestrebungen der „Ritterschaft als solche, welche nur mit der faulen Grete „zu besiegen seien. So weit meine Historie reicht, haben „der große Kurfürst und die „faule Grete" nichts „mit einander zu thun." —

Dieser Hergang ist falsch und legt mir eine historische Ignoranz bei, der ich mich nicht schuldig gemacht habe. Der stenographische Bericht über jene Sitzung enthält pag. 236 zweite Spalte in meiner Rede Alinea 3 folgende Worte:

Meine Herren. Mir beweisen die Vorschläge Ihrer Commission, daß der selbstsüchtige und engherzige Geist, welcher leider die Deutschen Stände von Alters her beseelt hat, welcher das Deutsche Reich erschüttert, gelockert und zum Untergange gebracht hat, daß dieser Geist noch in unseren Ständen, namentlich in dem der Ritterschaft, besteht, und daß es vielleicht eines großen Kurfürsten, eines Friedrich Wilhelm I. bedürfte, um diesen Geist auszutreiben ꝛc.

Worauf der Abgeordnete v. Ploetz pag. 238 erste Spalte thatsächlich berichtigt:

„Der Herr Vorredner hat die Bestrebungen der Ritter„schaft als solche bezeichnet, welche nur mit Hülfe der „„faulen Grete" zu bewältigen wären, und einen Feld„zug wie zu Zeiten des großen Kurfürsten gegen die „Ritterschaft in Aussicht gestellt."

Darauf der Abgeordnete Freiherr von Vincke (ebenda Spalte 2):

„Thatsächlich muß ich berichtigen, daß ich, wie die hohe „Versammlung auch gehört haben wird, von dem gro„ßen Kurfürsten gesprochen habe. Soweit meine „Kenntnisse der Geschichte reichen, hat der große Kurfürst „die „faule Grete" nie gebraucht, sondern er hat das „auf einem anderen Wege erreicht, was ich erwähnt „habe." —

Ich erwarte, daß Eine verehrliche Redaction, dem Gesetze gemäß (§ 26), dieser Berichtigung eine Stelle in demjenigen Theile Ihres Blattes geben wird, wo die Entstellung abgedruckt gewesen ist.

Berlin, den 2. März 1854.

Hochachtungsvoll

Abgeordneter zur Ersten Kammer

Freiherr von Vincke.

Berlin, 2. März. [23. Sitzung] Eröffnung der Sitzung: 10¼ Uhr. Präsident: Graf Rittberg. Am Ministertisch: Minister v. Westphalen, Reg.-Comm. v. Klützow.

Nach Verlesung des Protocolls ersucht der Präsident um Genehmigung, für morgen Mittag bereits die Berathung des erst heute zur Vertheilung gekommenen Gesetz-Entwurfs über die Allerhöchste Declaration der Verfassungs-Urkunde in Betreff der Reichsunmittelbaren anzusetzen. Dieselbe wird ertheilt.

Die Kammer geht zum Bericht der 16. Commission über, betreffend den Gesetz-Entwurf der ländlichen Polizei-Verfassung in den 6 östlichen Provinzen der Monarchie.

Abg. v. Meding bittet, die Verlesung des Berichts ihm zu erlassen, da derselbe den Mitgliedern hinlänglich bekannt sei. „Meiner Ueberzeugung nach handelt es sich hier um eine sehr sehr wichtige Frage. Es ist die, ob man aristokratische Elemente für die Entwickelung des Staates für nothwendig, oder ob man für die Gesetzgebung und die Einrichtungen des Staats diese für entbehrlich hält. Es handelt sich darum, daß die Grundlage der aristokratischen Elemente auf Pflichten basirt sei. Ich empfehle Ihnen, auf die Berathung des Gesetzes einzugehen.

Abg. Frhr. v. Vincke: Ich halte die Grundlage dieses Gesetzes keineswegs für eine gesunde, sondern grade für das Gegentheil. Aristokratische Elemente sind allerdings nothwendig in einem Staate, aber durch dieses Gesetz werden sie gradezu geschwächt. Man sollte einen abgeschnittenen Stumpf nicht mit Gewalt wieder aufzupflanzen suchen. Die Polizei-Gerichtsbarkeit ist der letzte Rest des Vasallenthums. Bei den jetzigen Ansichten werden die großen Grundbesitzer für Ausübung der Polizei nicht mehr die Autorität bei den Landbewohnern haben, die sie früher genossen. Ich muß aber das Gesetz auch aus folgenden Gründen bekämpfen. Erstens, weil es die Rechte der Krone schmälert, dann, weil es die Ausübung der Gerichtsbarkeit dem Zufall preisgiebt und somit ein Unrecht gegen das Volk begeht; dann, weil es eine ebenso große Last für die Gutsbesitzer ist, und endlich, weil es den jetzt bestehenden Verhältnissen nicht mehr entspricht. Die Verfassung hat die Ausübung der ganzen Gerichtsbarkeit in die Hände der Krone gegeben, wohin sie allein gehört. Grade die frühere Zersplitterung war die Ursache so vieler traurigen Erfahrungen. Der Krone muß aber auch das Recht zustehen, Diejenigen zu wählen, welche sie zur Verwaltung dieses Rechtes für geeignet und würdig hält. Auf dem Lande herrscht nicht mehr das Verhältniß der Zugehörigkeit zu dem Gutsbesitzer, sondern es bestehen freie Besitzer eines größeren oder kleineren Eigenthums neben einander. Die Gutsbesitzer würden sich mit der Polizei-Verwaltung, nachdem die früher damit verknüpften Rechte und Entschädigungen aufgehoben sind, eine schwere Ruthe aufladen. Der verstorbene Ober-Präsident v. Vincke hat, wie seine Lebensbeschreibung erweist, die wir der Thätigkeit des früheren Ministers Herrn v. Bodelschwingh verdanken, schon im Jahre 1810 das Project einer solchen besseren Gerichts-Organisation ausgearbeitet. Auf diese Weise, meine Herren, würde man die aristokratischen Elemente im Lande zu einer Geltung bringen, wie sie nie auf dem von Ihnen vorgeschlagenen Wege möglich ist.

Abg. v. Below: Ich darf mich mit der Vorlage insofern einverstanden erklären, als das Gesetz auf die bestehenden Rechte im Lande basirt ist. Dagegen habe ich doch verschiedene Bedenken, daß sie die Garantie nicht gewährt, welche für eine weitere gedeihliche Entwickelung nothwendig ist. Ich frage: worauf stützt sich diese Garantie? Allerdings ist sie jetzt geleistet durch die Persönlichkeiten des gegenwärtigen Ministeriums, welches die ständische Gesetzgebung hergestellt hat, und man darf voraussetzen, daß, wenn ein Staatsmann eine Grundlage für lebenskräftig erkannt hat, er auch fortfahren wird, darauf weiter zu bauen. Wir haben aber keine Garantie, wenn ein Anderer an diese Stelle tritt. Wir müssen fürchten, daß alsdann leicht dieses Institut der burreaukratischen Strömung rettungslos verfallen dürfte. Ich habe überdies noch einige specielle Bedenken, die Käuflichkeit dieses Rechts gehört darunter. Es hat allerdings die Commission durch die §§ 2 und 6 und dadurch, daß der Kreistag mitzusprechen hat, einige Garantieen geboten. Sie genügen aber in manchen Fällen nicht. Eine weitere Garantie würde ich darin finden, wenn diese Polizeiherren durch den Landrath zu einem gemeinsamen Wirken über allgemeine Punkte vereinigt würden. Die Einzelnen sind nur dadurch zu zwingen, daß ihre Ehrenpflicht ihnen die Erfüllung auferlegt. Ich kann mich also dem Wunsche nur anschließen, daß auf Grundlage dieser lebensfähigen Institution weiter gebaut wird. Widersprechen muß ich dem Herrn Vorredner darin, daß die polizeiliche Gerichtsbarkeit überhaupt zweifelhaft sei. Die historischen Thatsachen widersprechen dem. Mißbrauch, durch die kostenfreie Administration hervorgerufen, habe ich nie bemerkt. Diejenigen, welche die Polizei-Gerichtsbarkeit ausüben, stehen gewiß dem am entferntesten, die Rechte der Krone beschränken zu wollen. Die angeführte Institution der Englischen Friedensrichter in unsere Verhältnisse zu übernehmen, ist gar nicht möglich und würde auch unseren historischen und natürlichen Gewohnheiten ganz zuwider sein. Ich hielt es für Pflicht, unsere Bedenken auszusprechen, stimme aber dem Entwurf bei in der Hoffnung, daß die Regierung bemüht sein wird, eine weitere Entwickelung auf dem Wege der Verwaltung eintreten zu lassen.

Reg.-Commissar v. Klützow: Der gegenwärtig eingeschlagene Weg zur Vorlage scheint mir in Bezug auf die Verfassung der vollständig richtige. In den Bestimmungen des Allg. Landrechts liegt ganz klar, daß durch Uebertragung des Rechts der Polizei-Gerichtsbarkeit an die Gutsherren der Krone dies Recht nicht verloren geht. Die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 ist in den östlichen Provinzen nicht zur Einführung gekommen, die Gesetzvorlage schließt sich also ganz gemäß an die bestehenden Rechtszustände an, und es wird demnach dadurch keine der Verfassung widerstrebende Reform herbeigeführt. — Die Regierung hofft, daß gerade durch die Ablösungen in der Ausübung der polizeilichen Gerichtsbarkeit durch die Gutsherren sich ein noch besseres Verhältniß als früher herausstellen werde.

Minister des Innern: Es liegt mir ob, auch meine Ansicht über die Zweckmäßigkeit des Gesetz-Entwurfs auszusprechen. Die Rechtsfragen sind bereits hinreichend in der Commission erörtert worden. Wenn man den Gesetz-Entwurf deshalb angreift, weil die Regierung vor zwei Jahren eine andere Vorlage gemacht hatte, so ist es allerdings richtig, daß dieselbe sich noch mehr anschloß an den damaligen Stand der Gesetzgebung; aber Sie wollen sich erinnern, daß schon damals hier der Regierung der Vorwurf gemacht wurde, daß sie damit von den Principien des alten Rechtszustandes abgewichen sei. Ich erinnere Sie daran, daß der Regierung im verflossenen Jahre durch die Zustimmung zur Wiederaufhebung der Gesetzgebung von 1850 ein ganz anderer Boden für die Vorlagen gegeben worden ist. Es würde ein sehr unrichtiger Gang der Gesetzgebung sein, wollte sie ohne Weiteres mit dem Nichtbewährten aufräumen und ganz Neues an die Stelle setzen. Weit zweckund naturgemäßer ist es, das Bestehende zu verbessern und daran anzuknüpfen. Das muß namentlich in dem vorliegenden Falle geschehen. Ich habe in meiner praktischen Erfahrung die Ausübung der Polizei-Verwaltung durch Beamte in den westlichen Provinzen nicht gerechter, nicht aufrichtiger gefunden, als ich sie in den alten Provinzen gefunden habe, wo Diejenigen sie üben, denen dies Recht durch ihren Grundbesitz zustand. Wo sich die Persönlichkeit nicht eignet, kann sie leicht durch eine andere ersetzt werden, wie der § 6 der Vorlage ausdrücklich bestimmt. Wir wollen uns also in dem langbewährten Princip nicht irre machen lassen durch alle theoretischen Controversen und die Anfechtungen der Zeitströmung, und unter diesen Angriffen bleiben wir fest stehen auf der geschichtlichen Basis. Wir haben die Ueberzeugung und Erfahrung, daß die Institution sich bewährt hat; das aber genügt und mit dem soll man sich auch genügen lassen.

Die Kammer geht sodann zur Special-Discussion über. „Die Einleitung wird unverändert angenommen. Der § 1 lautet: Die auf den Besitz eines Gutes gegründete polizei-obrigkeitliche Gewalt kann, nach Anhörung des Inhabers und des Kreistages, mit Unserer Genehmigung auf den Staat übernommen werden: 1) wenn das Gut durch Zerstückelung die Eigenschaft eines selbstständigen Guts-Bezirks verloren hat, 2) wenn die Substanz des Gutes in Folge von Ablösungen völlig aufgehört hat, 3) wenn das Gut in den Besitz einer Landgemeinde, oder in den Besitz mehrerer Mitglieder derjenigen Landgemeinde, über welche die Polizei-Gewalt des Guts sich erstreckt, übergegangen ist." Der ad 2 gesetzte Fall ist Zusatz der Commission. In einer über den Paragraph sich entspinnenden Debatte, an welcher sich außerdem die Abgg. Graf Dohna, v. Zander, Graf Arnim, Graf Itzenplitz und Heyner betheiligen, wird von dem Abg. Krausnick ein Amendement gestellt, wonach der Eingang dahin zu fassen, daß die polizei-obrigkeitliche Gewalt erlischt und auf den Staat übergeht, wenn die nachfolgenden Fälle eintreten. Dasselbe wird abgelehnt, dagegen die Commissionsfassung mit einem von dem Abg. v. Meding zu Nro. 2 beantragten Zusatz: „sofern dasselbe nicht Zubehör eines anderweitig zur Ausübung der Polizei-Gerichtsbarkeit berechtigten Gutes ist" angenommen.

Ein zu § 5 von dem Abg. Krausnik gestelltes Amendement, wonach in den Fällen ad 1 für die Polizeikosten auch das aus der frühern Gutsherrlichkeit verbliebene Recht und Eigenthum haften soll, wird nach längerer Debatte abgelehnt. Die §§ 2 — 21 und somit der ganze Gesetz-Entwurf werden nach dem Commissions-Vorschlage angenommen. Ueber den von der Commission neu hinzugesetzten § 19, wonach das Gesetz auch auf die ehemals mittelbaren Städte und Flecken Anwendung findet, über welche sich die polizei-obrigkeitlichen Rechte und Pflichten eines Gutes zur Zeit des Erlasses der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 erstrecken, muß wiederholt und endlich auf Verlangen des Abg. v. Zander noch namentlich abgestimmt werden. Schluß der Sitzung 3 Uhr, nächste: Freitag 12 Uhr.

Berlin, 3. März. (24. Sitzung) In der heutigen Sitzung wurde auf den Bericht der IX. Commission über den Entwurf einer Declaration der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, betreffend die ehemals unmittelbaren reichsständischen Häuser, die Regierungs-Vorlage mit den von der Commission vorgeschlagenen Fassungsänderungen, denen sich die Regierung anschloß, fast einstimmig angenommen. Näheres morgen. — Die nächste Sitzung unbestimmt.

Zweite Kammer.

Berlin, 2. März. [29. Sitzung.] Präsident: Graf Schwerin. Tages-Ordnung: Bericht der Commission zur Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die gewerblichen Unterstützungs-Kassen, vom 16. Januar 1854, sowie des Antrages des Abgeordneten Reichensperger (Geldern) und Genossen.

Schon seit einer Reihe von Jahren ist das Bestreben der Gesetzgebung darauf gerichtet gewesen, die Gründung und Ausbreitung von Hülfs- und Unterstützungs-Kassen für die arbeitenden Klassen möglichst zu fördern. Die gesetzlichen Anordnungen haben indessen nur in geringem Maaße den gehegten Erwartungen entsprochen, indem die Gemeinde-Behörden nur in seltenen Fällen von dem ihnen übertragenen wesentlichsten Rechte der zwangsweisen Heranziehung der Arbeitgeber zu den Unterstützungs-Kassen der Gesellen und Fabrik-Arbeiter Gebrauch gemacht haben. Es kann dahin gestellt bleiben, ob diese Erscheinung dem überwiegenden Einflusse der durch solche Anordnungen zunächst betroffenen Arbeitgeber, oder aber dem Mangel lebendiger Theilnahme an dem Wohl und Wehe der arbeitenden Klasse, oder andern Verhältnissen zuzuschreiben ist, — die Thatsache steht fest, daß überhaupt nur etwa 230 solcher Unterstützungs-Kassen begründet worden sind, und daß eine Beitragspflicht der Arbeitgeber nur bei einigen 60 Kassen statuirt worden ist.

Die Lage der arbeitenden Klassen hat sich mittlerweile nicht gebessert, vielmehr mußten die öffentlichen Wohlthätigkeits-Anstalten, welchen dieselben zur Last fielen, immer höhere Zuschüsse von Seiten der Gemeinden in Anspruch nehmen. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit energischer Maaßregeln zur Beseitigung der wirklich vorhandenen Schäden und der der Zukunft drohenden Gefahren hat daher immer festere Gestalt gewonnen und auch die größern Fabrik-Unternehmer nicht unberührt gelassen; die Rücksichten der Humanität, und die Interessen einer gesicherten Fortentwickelung unserer Industrie treffen mithin zusammen, um alle Betheiligten zur bereitwilligen Uebernahme einer neuen, als unvermeidlich erkannten Belastung zu bestimmen. Die Industrie-Thätigkeit selber befindet sich im Allgemeinen in einem so befriedigenden Zustande des Gedeihens, daß sie durch das ihr angesonnene Opfer voraussichtlich in keiner Weise gefährdet werden kann. Endlich sind die Erfahrungen, welche unter der bisherigen Gesetzgebung gemacht worden, nicht verloren, und es darf daher das Vertrauen ausgesprochen werden, daß die allgemeinen Bedingungen eines energischen und erfolgreichen Vorangehens der Gesetzgebung zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in Preußen gegeben sind.

Nach der Regierungs-Vorlage soll die Erreichung jenes Zieles dadurch gesichert werden, daß einestheils diejenigen Bestimmungen, welche nach der bisherigen Gesetzgebung lediglich den Ortsstatuten vorbehalten waren, künftighin von der Regierung getroffen werden sollen, — und daß anderntheils auch da, wo Innungen nicht bestehen, durch die Regierung der zwangsweise Beitritt aller selbstständigen Gewerbtreibenden zu den Kranken-, Sterbe- und Hülfskassen derselben angeordnet werden könne.

Die Commission erklärte sich mit diesem Grundgedanken des Entwurfes vollkommen einverstanden, indem sie von der Anschauung ausging, daß der Ertrag der Arbeit den Arbeiter nicht bloß in gesunden, sondern auch in kranken Tagen ernähren und erhalten müsse, und daß dieses wünschenswerthe Ziel allgemein nur durch zwangsweise Organisirung eines zu jenem Zwecke bestimmten Reservefonds erreicht werden könne. — Die Commission erkannte nicht minder an, daß das schon bestehende formelle Recht der zwangsweisen Heranziehung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer so sehr in den obwaltenden Verhältnissen begründet sei, daß es ohne Bedenken auf dem von der Staatsregierung vorgeschlagenen Wege zu wahrer praktischer Wirksamkeit erhoben werden könne und müsse.

Die Commission hat sich mit der Grundtendenz der Regierungs-Vorlage mit allen gegen eine Stimme einverstanden erklärt, hat jedoch die Vorlage mehrfach abgeändert. Die Redner für und gegen das Gesetz sind auf der Tribünne so gut wie gar nicht zu verstehen. Man vernimmt bei der angestrengtesten Aufmerksamkeit nur, daß der

Abg. Genther sich gegen das Gesetz erklärt, weil es nicht frei sei von communistischen und socialistischen Gedanken.

Abg. Carl (Luckenwalde) findet in dem Gesetze das gerade Gegentheil dessen, was der Vorredner darin entdeckt hat. Dies Gesetz sei der erste Schritt, um dem Socialismus ernstlich entgegentreten zu können.

Abg. Harkort ist gegen das Gesetz, weil die mitgetheilten statistischen Notizen vollständig unausreichend seien, um darauf Schlüsse bauen zu können.

Abg. Lingens: Die socialen Uebel könne nur die christliche Kirche allmählich heilen.

Abg. Riedel gegen das Gesetz, weil nur die Gemeinden im Stande seien, die örtlichen Verhältnisse genau beurtheilen zu können.

Abg. Degenkolb glaubt, daß die Arbeit durch das Gesetz vermindert werden würde, und führt aus, daß es nicht Schuld der Arbeitgeber sei, wenn dergleichen Unterstützungs-Kassen noch nicht mehr ins Leben getreten seien, sondern daß dies zum Meisten an die Widerspenstigkeit der Arbeiter liege.

Handels-Minister v. d. Heydt: Die Nothwendigkeit der gewerblichen Unterstützungs-Kassen ist von keiner Seite bestritten; die Bedenken, welche gegen das Gesetz vorgebracht worden sind, beziehen sich nur auf die den Betheiligten aufzuerlegenden Beiträge; auch hat man die Behauptung aufgestellt, daß die Errichtung solcher Kassen der freien Entschließung überlassen bleiben müsse. Ich glaube aber, daß man dabei die bereits bestehende Gesetzgebung nicht richtig ins Auge gefaßt hat; denn schon im Jahre 1849 ist den Communen die Befugniß beigelegt worden, zwangsweise sowohl gegen die Arbeitgeber, als gegen die Arbeitnehmer einzuschreiten. Dieser Zwang sollte jedoch nur dann Anwendung finden, wenn das Ortsstatut die Heranziehung als zweckmäßig anerkannt hätte. Daß es bei dieser Bestimmung hätte verbleiben können, wäre allerdings wünschenswerth gewesen, auch will ich nicht läugnen, daß mehrere der Bedenken, welche hier gegen die Vorlage geltend gemacht worden sind, auf gutem Grunde ruhen; dennoch hat das Bedürfniß die Vorlegung des Gesetzes dringend erheischt. Denn einmal sind aus dem Schooße der Industriellen die mannichfachsten Anträge hervorgegangen, um die bisher den Communen zustehende Befugniß in die Hand der Regierung zu legen, sodann soll den Communen mit der Vorlage keine Last auferlegt, sondern abgenommen werden. Die Regierung hofft um so eher auf die Zustimmung der Kammer bei diesem Gesetze, als dasselbe nicht überall zur Ausführung kommen wird, und die Communen vorher stets zu Rathe gezogen werden sollen. Erwähnen will ich nur noch, daß von allen den Orten, wo durch Ortsstatute eine solche Verpflichtung festgestellt worden, nie eine Beschwerde laut geworden ist.

Nachdem noch der Abg. Thiſsen darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Armenverwaltung jetzt überall übermäßig belastet sei und Preußen durch Annahme des Gesetzes den übrigen Zollvereinsstaaten ein gutes Beispiel geben müsse, wird die allgemeine Debatte geschlossen. Es folgen einzelne persönliche Bemerkungen, die kein besonderes Interesse haben. Hierauf geht die Kammer zur Special-Debatte über.

Der § 1 handelt lediglich von den Unterstützungs-Kassen zum Vortheile der unselbstständigen Arbeiter, nämlich der Gesellen, der Fabrikarbeiter und der bezahlten Lehrlinge, und setzt fest, daß das in § 169 der Gewerbe-Ordnung und in §§ 56 bis 58 der Verordnung vom 9. Februar 1849 den Orts-Statuten vorbehaltene Recht der Anordnung auf die Regierungen übergehen solle.

Die Commission hat dem § folgende Fassung gegeben: „Durch Ortsstatuten (§ 168 u. f. der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845) kann für Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter die Verpflichtung festgesetzt werden, Kassen und Verbindungen zu gegenseitiger Unterstützung zu bilden, oder bereits bestehenden Einrichtungen dieser Art beizutreten. Lehrlinge, welche Lohn erhalten, können durch das Statut hinsichtlich der Betheiligung bei jenen Kassen den Gesellen und Gehülfen gleichgestellt werden." Der § wird in dieser Fassung angenommen. Desgleichen der § 2 nach dem Commissions-Vorschlage. Er lautet: „Auch da, wo selbstständige Gewerbetreibende, für deren Gewerbe am Orte eine Innung nicht besteht (§ 56 der Verordnung vom 9. Februar 1849) zur Bildung von Kranken-, Sterbe- oder sonstigen Hülfskassen zusammengetreten sind, können mit Zustimmung der Vertreter der betreffenden Kassen Alle, welche in dem Gemeinde-Bezirke gleiche oder verwandte Gewerbe selbstständig betreiben, durch Orts-Statuten verpflichtet werden, diesen Kassen beizutreten."

Zum § 3 bemerkt der Commissionsbericht: Nachdem in § 1 der Commissions-Vorschläge die zwangsweise Bildung von Unterstützungskassen für unselbstständige Arbeiter principiell festgestellt war, so blieb nur noch übrig, die Befugniß der Regierung zur Erlassung sämmtlicher in den citirten Gesetzesstellen aufgeführten Bestimmungen, concurrirend mit dem Ortsstatute, auszusprechen. Zu jenen Bestimmungen gehören namentlich auch die wegen der Betheiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an jenen Kassen, sowie wegen der Einzahlung der Beiträge der Gesellen und Fabrikarbeiter. Die Commission glaubt aber hierbei noch ausdrücklich darauf hinweisen zu müssen, daß nach ihrer, von dem Herrn Minister vollständig getheilten Auffassung die von der Regierung ausgehende Verordnung keineswegs alle in den citirten Gesetzen bezeichneten Einrichtungen gleichzeitig umfassen müsse, sondern daß es lediglich von dem jedesmaligen Ermessen derselben abhängig bleibe, welche specielle Anordnungen zu treffen seien. Die Commission legt hierauf besonderes Gewicht, weil sie namentlich die zwangsweise Heranziehung der gewöhnlichen Handwerksmeister zu Beiträgen für die Gesellenkassen an vielen Orten für weit bedenklicher erachtete, als die der Fabrikinhaber gegenüber den Fabrikarbeiterklassen, indem jene Meister sich vielfach selbst in drückenden Verhältnissen befinden und die ihnen aufzuerlegende Leistung nicht wohl indirect zu decken oder zu ersetzen im Stande sind. Nach Feststellung dieser Fundamentalsätze wurde es von einer Seite noch für wünschenswerth erklärt, durch eine ausdrückliche Bestimmung festzusetzen, daß nur von solchen selbstständigen Gewerbetreibenden, welche wirklich Gesellen oder Arbeiter beschäftigen, ein Beitrag zu den Unterstützungskassen der Letzteren gefordert werden könne, da der § 57 der Verordnung vom 9. Februar 1849 dies zweifelhaft lasse. Es wurde daher folgendes Zusatz-Amendement gestellt: Handwerksmeister, die resp. so lange sie Gesellen oder Gehülfen nicht beschäftigen, sind als Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes, so wie des § 169 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und der §§ 56—58 der Verordnung vom 9. Februar 1849 nicht anzusehen. Die Commission erachtete indessen eine derartige Zusatzbestimmung überhaupt für überflüssig, indem nur von den wirklich beschäftigten Gesellen, resp. deren Arbeitgebern, nach der ganzen Organisation der Kassen Beiträge erhoben werden könnten, und verwarf demgemäß das Amendement mit allen gegen 4 Stimmen.

Die Commission hat deshalb folgenden Paragraphen entworfen: „Die im § 169 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, im § 56 bis § 58 der Verordnung vom 9. Februar 1849 und im § 1 und 2 des gegenwärtigen Gesetzes erwähnten Bestimmungen können künftig, sofern dem obwaltenden Bedürfnisse durch ein entsprechendes Ortsstatut nicht genügt wird, auch von der Regierung nach Anhörung Gewerbtreibender und der Communal-Behörden für einzelne oder, nach Maaßgabe des Bedürfnisses, für mehrere Ortschaften getroffen werden."

Abg. Wagener (Neu-Stettin) (von einem längern Unwohlsein wiederhergestellt): Meine Herren! Nach den Erörterungen, die heut hier stattgefunden haben, scheint es unzweifelhaft, daß der § 3 der eigentliche Springpunkt des ganzen Gesetzes ist; denn da ist die Frage zur Entscheidung gebracht, ob es künftig zugelassen werden soll, einen Zwang in Bezug auf die Unterstützungs-Kassen gegen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eintreten zu lassen, und ob dieser, statt wie bisher von den Communal-Behörden, von der Regierung selbst ausgeübt werden darf. Ich freue mich, daß ich die Frage unbedingt mit der Commission und der Regierung bejahen kann, und zwar um so mehr, als ich in diesem Gesetze nicht bloß specielle Anordnungen begrüße, sondern noch mehr seine principielle Bedeutung. Ich finde, daß in dem Gesetze vier wichtige Grundsätze, welche bisher als Axiome in der Social-Politik galten, theils eine Widerlegung, theils eine Ergänzung und Berichtigung gefunden haben. Der erste ist der schon von dem Herrn Berichterstatter erörterte Grundsatz des laisser aller und laisser faire, den man so oft für den Stein der Weisen gehalten hat. Dieser Grundsatz ist dadurch widerlegt, daß man angenommen hat, daß gegen den Arbeitnehmer selbst ein Zwang ausgeübt werden kann, daß die Bedingungen der Arbeitnehmer nicht bloß von ihnen abhangen und nicht von ihnen allein regulirt werden. Es ist dies um so wichtiger, als man bisher vielfach geglaubt hat, daß das allgemeine Wohl nichts Anderes als die Summe des Egoismus aller Staatsbürger wäre. Diesem Grundsatze tritt dieser Gesetz-Entwurf principiell und entschieden entgegen. Er beseitigt aber auch einen andern Grundsatz, nämlich den, als bestehe die Weisheit des Staates darin, dem Leichtsinn und Unverstand seiner Staatsbürger möglichst freie Hand zu lassen, und zwar dadurch, daß er die Berechtigung und Möglichkeit statuirt, gegen die Arbeiter selbst einen Zwang eintreten zu lassen, sie zu zwingen, das zu thun, was sie eigentlich freiwillig thun sollten, nämlich sich Ersparnisse zu machen für minder günstige Zeiten. Er etablirt drittens einen sehr wichtigen Grundsatz, daß die Industrie für den Menschen, und nicht der Mensch um der Industrie willen da ist, darin, daß er nicht die Frage stellt: wie viel Arbeitslohn kann der Fabrikherr geben, damit seine Fabrik besteht? sondern: wie viel muß der Arbeiter verdienen, damit er als Mensch bestehen kann? Er durchbricht aber viertens den Grundsatz der bisherigen Armenpflege, einen eigentlich communistischen Grundsatz, wo man nur sagt: Dieser hat ein Bedürfniß, Jener die Mittel; Beide wohnen in Einem Orte, folglich hat Dieser die Pflicht, für die Unterstützung des Ersteren zu sorgen; — er durchbricht den Grundsatz, indem er dafür setzt, daß die Armenpflege eintreten soll, wo ein vorhergegangenes persönliches und dienstliches Verhältniß den Anspruch auf solche Pflege begründet hat. Dies sind die principiellen Grundsätze. Ich glaube nicht, daß es Zeit ist, dies weiter auszuführen, weshalb ich eben das Gesetz mit Freuden begrüße. Ich halte auch alles das, was von der andern Seite dagegen vorgebracht ist, für vollkommen hinfällig. Es ist zunächst darauf hingewiesen, — und dieser Einwand möchte scheinbar Vieles für sich haben — daß durch das Gesetz überhaupt dem mannichfachen Nothstande nicht abgeholfen werden könne. Unzweifelhaft kann es das Gesetz nicht allein; es wird nicht gründlich und vollständig geschehen, bis die christliche Gesinnung wieder thätig ist, die allein im Stande ist, allen Schaden gründlich zu heilen. Darin liegt aber nicht, daß das Gesetz deshalb nicht gegeben werden soll, denn das Christenthum ist nicht dazu da, um das Gesetz zu beseitigen, sondern um es zu erfüllen. Ich bin aber auch nicht der Meinung, daß durch das Gesetz irgendwie Communismus etablirt werde, oder daß man dem Socialismus Vorschub leiste. Ich könnte darauf hinweisen, was der Herr Berichterstatter bereits gethan, daß es sich nicht darum handelt, einen Zwang zu etabliren, da ein solcher in der Gesetzgebung schon besteht. Es hat bisher in der Hand der Communalbehörden gelegen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu solchen Kassen heranzuziehen, und wenn dies so wenig geschah, so hat das Gesetz den wunden Fleck richtig erkannt und ihm dadurch abgeholfen, daß es die definitive Bestimmung solcher Dinge aus der Hand der Communen in die der Regierung gelegt hat. Es ist in der Weise geschehen, die man mit Recht beanspruchen kann, nämlich subsidiarisch. Wenn die Communalbehörden ihren Beruf auf diesem Gebiete nicht erfüllen, dann soll die Regierung subsidiarisch eintreten. Es ist das ein besserer Weg, als den man ohne Widerspruch des hohen Hauses bei der Armenpflege eingeschlagen hat. Es ist hier auch nicht in das Belieben der Commune gestellt und den Einzelnen überlassen, ob sie die Armen verpflegen oder wie sie das machen wollen; sondern es ist durch allgemeines Gesetz festgestellt, daß und wie die Verpflegung und Unterhaltung eingerichtet werden müsse, und das, was jetzt durch diesen Gesetz-Entwurf geschieht, unterscheidet sich von der Armenpflege nur dadurch, daß hier dem freien Ermessen der Communal-Behörden mehr Spielraum gegeben, indem hier nicht von vorn herein bindende Bestimmungen gegeben sind, wie bei der allgemeinen Armenpflege, sondern daß die Regierung so zu sagen nur corrigirend auftritt. Ich stimme aber auch darin mit dem Herrn Berichterstatter überein, daß nicht alles Communismus ist, was wie Communismus aussieht. Er empfiehlt, den empfehlenswerthen Zweck des Communismus zu realisiren. Diejenigen, die sich weigern, Forderungen entgegenzukommen, die der Communismus mit Recht stellt, sind es grade, die dem Communismus in die Hände arbeiten, nicht aber diejenigen, die sich bemühen, den rechten Zweck des Communismus durch die rechten Mittel zu erreichen. Nun glaube ich, daß es kein besseres Mittel giebt, dem Communismus entgegenzutreten, daß nichts ihm diametraler entgegengesetzt ist, als daß man damit beginnt, die arbeitenden Klassen daran zu gewöhnen, daß sie zunächst selbst Beiträge zahlen. Daran hat noch kein Communist gedacht, den Arbeitern die Bedingung zu stellen, daß sie selbst die Hauptträger ihrer Armenpflege sein müssen. Und das ist das, was unsern Grundsatz von allem Communistischen entschieden unterscheidet. (Sehr richtig!) Noch mehr aber würde ich mich wundern, wenn ausgeführt werden sollte, daß durch die gestellten Amendements alles das, was man Communistisches in dem Entwurfe gefunden hat, beseitigt werden soll. Wird es dadurch herausgebracht, daß man statt der 30 Thlr. nun die 36 Thlr. heranziehen will? oder wird er dann herausgebracht, wenn man anstatt bloß Fabrikarbeiter und Handwerker heranzuziehen, alle anderen ländlichen Arbeiter auch heranzieht? Mir scheint, wenn überhaupt Communismus in diesem Gesetze steckt, so würde er durch solche Amendements nicht herausgebracht, sondern verbreitet. Worin die Gefahr des Communismus nach meiner Ueberzeugung liegt, das ist bereits durch den Abg. Degenkolb angedeutet worden. Er liegt darin, wenn man derartige Bestimmungen lediglich auf Geld beschränkt sein läßt, wenn man nicht daran denkt, solche Correlate damit Hand in Hand gehen zu lassen, wodurch ein vernünftiger haltbarer Organismus, der in den letzten Jahren der sogenannten Gewerbefreiheit vollkommen zerrüttet worden, zugleich da angebahnt wird; wenn man nicht daran denkt, den Arbeitgebern die ihren neuen Pflichten entsprechenden neuen Rechte zu gewähren (wenigstens habe ich so verstanden, wenn der Abg. Degenkolb sagt, er sei deshalb gegen die Ausdehnung des Harkort'schen Antrages, weil bestimmte Organisationen vorhergehen müßten). Meine Herren, es ist spottweise von der Vorsehung der Staatsregierung gesprochen worden; ich möchte darauf hinweisen, daß, so lange man von Schutzzöllen u. s. w. handelte, diese Herren keine Bedenken trugen, diese Vorsehung sehr gläubig anzurufen; ich glaube, es ist kein Grund, diese Vorsehung jetzt zurückzuweisen, wenn es sich darum handelt, daß die Regierung endlich daran denkt, diese bisher vernachlässigten Stiefkinder der Industrie zu bedenken, um so weniger, als es die Regierung gewesen, welche dem Idol der „Gewerbefreiheit" zu Liebe den Organismus des Gewerbes geopfert. Diese Vorsicht scheint mir hier mehr an der Stelle als in anderen Fällen. Die Bedenken, die daraus hergenommen werden, daß die Communal-Behörden immer am besten in der Lage seien, Ortsstatuten aufzustellen, und daß die Regierung nicht in der Lage sei, die Verhältnisse zu übersehen, vermag ich nicht für durchgreifend zu erachten, denn ich glaube, die Regierung wird es nicht unterdessen, sich bei denjenigen zu informiren, die allein und vorzüglich qualificirt sind, die richtige Auskunft zu geben.

Was aber nun das Maaß dieser Unterstützung betrifft, so ist der Grundsatz, daß die Industrie so regulirt werden muß, um es dem Arbeiter möglich zu machen, als Mensch zu existiren, zugleich der rechte Maaßstab, welchen das Gesetz gestellt hat, wenn es die Verpflichtung der Arbeitgeber regulirt. Ich gehe von dem Grundsatze aus, daß jeder Arbeiter so viel verdienen muß, nicht allein Sonntags arbeitsfrei zu existiren, sondern auch diejenige zeitweilige Arbeitslosigkeit und zeitweilige Unfähigkeit zu arbeiten mit diesem Verdienst zu übertragen, und nur von diesem Gesichtspunkte aus ist die Verpflichtung des Arbeitgebers zu rechtfertigen, selbst Beiträge zu leisten, um den Lohn der Arbeiter so hoch zu steigern, daß aus diesen Unterstützungs-Kassen der Ausfall für die Zeit der Arbeitslosigkeit übertragen werden kann. Ich glaube, daß der Zustand, wie er jetzt besteht, wo der Arbeiter nur so viel verdient, als er nothwendig braucht, und der Armenpflege zur Last fällt, so wie Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Krankheit eintreten, daß ein solcher Zustand unerträglich ist und nur gerechtfertigt werden kann, wenn man behauptet, daß der Mensch um der Industrie willen da ist und nicht die Industrie um des Menschen willen. Ich könnte Ihnen, m. H. auf der linken Seite, den Gesetz-Entwurf noch ebenso empfehlen, wie uns gewöhnlich dergleichen Gesetz-Entwürfe empfohlen werden, als Beweis der Aufopferungsfähigkeit oder als große politische Maaßregel. Darauf will ich aber verzichten. Ich glaube, daß der Herr Berichterstatter genug angeführt hat, um die Nothwendigkeit solcher Maaßregel darzuthun, und ich kann nur bitten, den Paragraphen so anzunehmen, wie er von der Commission mit Zustimmung der Staats-Regierung normirt worden ist. (Lebhaftes Bravo.)

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Degenkolb und Genther empfängt das Wort der

Abg. Riebel (Da inzwischen die Dampfheizungs-Maschinen ihre besten Weisen zu singen angefangen, so dringen nur wenige Sätze zur Tribüne, als:) .... Abc-Schützen — Die Linke ist nicht schutzzöllnerisch — Die Rechte nimmt solche Alterthümer in Schutz — Die Linke geht immer gern mit der Regierung — laissez aller und laissez passer! — Die Herren Gutsbesitzer, oder solche, welche hoffen in der nächsten Zeit diesem Stande anzugehören, treten gern gegen die Regierung auf — u. s. w.

Abg. Harkort dankt dem Abg. Wagener (Neu-Stettin) für die Wärme, mit welcher er sich der Fabrik-Arbeiter angenommen habe; er hoffe, daß der verehrte Redner sich der ländlichen Arbeiter eben so warm annehmen werde.

Abg. Wagener (Neu-Stettin) (vom Platz): Wenn der Herr Abg. Riedel meiner Rede genau gefolgt wäre, so würde er gehört haben, daß ich ausgesprochen habe, daß dies Gesetz in Beziehung auf den Zwang nichts Neues einführt, die Studien über ABC-Schützen überlasse ich gern dem weiteren Privatfleiße. Anlangend die Anfrage des Herrn Abg. Harkort, so werde ich mich gern jedem Antrage anschließen, der darauf ausgeht, die Lage der ländlichen Arbeiter zu verbessern, wenn gleich ich mich allerdings nicht in der Lage befinden dürfte, mich jedem von ihm ausgehenden Vorschlage anzuschließen.

Der § wird, nachdem sich der Handelsminister noch gegen einige eingebrachte Amendements erklärt, unverändert, wie oben angeführt, angenommen.

Angenommen werden ferner die §§ 4 und 5 ohne Debatte. Sie lauten: § 4. Sowohl die bestehenden, als die neu zu errichtenden, in den §§ 1 bis 3 erwähnten Kassen haben, wenn ihre Statuten von der zuständigen Behörde genehmigt sind, die Rechte juristischer Personen. Die Ansprüche der Berechtigten auf die Leistungen dieser Kassen können weder an Dritte übertragen, noch auch mit Arrest belegt werden. § 5. Die vorbezeichneten Kassen stehen unter der Aufsicht der Communal-Behörde, welche dieselbe durch einen Commissarius auszuüben hat. Die Kosten der Verwaltung können bis zur Hälfte ihres Betrages durch Ortsstatuten oder durch die im § 3 erwähnte Anordnung der Regierung den betreffenden Gemeinden zur Last gelegt werden.

Ein Antrag des Abg. Genther, am Schlusse des Gesetzes die Bestimmung aufzunehmen, daß das Gesetz erst in Kraft trete, wenn in sämmtlichen Zollvereinsländern ähnliche Bestimmungen getroffen wären, wird abgelehnt.

Damit schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung wird auf Sonnabend 11 Uhr anberaumt. Tages-Ordnung: 1) Berathung des Berichts der Justiz-Commission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Competenz der Gerichte zur Untersuchung und Entscheidung der politischen und der mittelst der Presse verübten Vergehen. 2) Berathung des Berichts der Agrar-Commission über den Entwurf eines Waldcultur-Gesetzes für den Kreis Wittgenstein. 3) Berathung des ersten Berichts der Commission für Handel und Gewerbe über verschiedene Petitionen.

Deutschland.

* **Berlin**, 3. März. Die „Deutsche Volksh.", ein Blatt, mit dem die Katholiken allen Grund haben gegenwärtig zufrieden zu sein und das seinem christlichen Princip auch in den politischen Consequenzen durch seine entschieden conservative Haltung treu bleibt und eine uns sehr erfreuliche Uebereinstimmung mit unserer Stellung zur orientalischen Frage hat, läßt sich unter Berlin über die Politik Frankreich's in der orientalischen Frage folgendermaaßen vernehmen:

„Welches ist die Politik Napoleon's? Unstreitig la politique des circonstances. Er bedarf der Befestigung, dazu des Ruhms, oder wenigstens, daß man überall sein Gewicht fühlt und anerkennt. Er und seine Politik sind daher völlig ohne Princip und undurchdringlich. Er hat sich nicht an den wahren und materiellen Interessen Frankreich's zu halten, sondern an den eben vorhandenen Sympathieen und Gefühlen des Volkes. Die Politik Frankreich's ist nie eine Politik des Kampfes um Einfluß gewesen, wie dies bei England seiner maritimen und Handels-Verhältnisse halber stets nothwendig war; Frankreich's Politik ist die der Eroberung; es schert sich den Henker um Einfluß im Orient; Savoyen, die Rheingrenze, Belgien, das ist ihr Ziel, und da dies nicht gleich zu haben ist, vorläufig Krieg und Ruhm im Orient und das unnatürliche Bündniß mit England! Wer aber glaubt, das sei ehrlich gemeint, der täuscht sich gewiß! — In Frankreich ist momentan Alles für die Türken, gegen die Russen. Alle revolutionären Nüancen, weil sie instinctartig in Rußland ihren tiefsten und mächtigsten Feind erkennen, die Katholiken, weil sie Rußland die früheren Zerwürfnisse mit Rom nicht verzeihen und eine Verstärkung der schismatischen Kirche fürchten, die Armee und ein großer Theil des Volkes, selbst der Legitimisten, weil das chevalereske Gefühl erweckt ist, Beschützung des Schwachen (der Türken) gegen den Uebermächtigen, der ihn erdrücken will. Ruhm und Ehre im Orient, das regt die Phantasie auf.

Allein die eigentlichen Bonapartisten haben andere Sympa-

thieen und Anschauungen, vielleicht schwebt Napoleon die Tendenz seines Onkels vor! Das wäre etwa Allianz mit Rußland, Integrität der Europäischen Türkei unter Protectorat von Frankreich, Rußland und Oesterreich, Zulassung, daß Rußland Kurdistan, Trebisonde, Batum 2c. erobert, Aegypten an Frankreich fällt, Krieg mit England, Fortnahme der Jonischen Inseln 2c. — Man glaube nur, wäre Kaiser Nicolaus nicht so spröde, Napoleon drehte sich auf dem Absatz um! Bonapartistische Schriftsteller predigen in Paris ganz offen die Französisch-Russische Allianz. Für den Augenblick ist sie nicht möglich, allein wenn sich in der Türkei die Insurrection der christlichen Bevölkerung entschieden entwickelt, wenn Kreuz und Halbmond erst energisch einander gegenüberstehen, wird sich die flüchtige aura popularis in Frankreich plötzlich drehen, die Sympathie für die armen unterdrückten Christen wird sich entwickeln mit der Antipathie gegen die barbarischen Mohamedaner. Dann könnte Napoleon es an der Zeit finden, eine andere Fahne aufzustecken, mit Rußland die Christen beschützen; seine Armee operirte dann von Epirus aus gegen die Jonischen Inseln 2c. 2c. Man hat hier sehr zuverlässige Nachrichten aus Paris und Frankreich. Die Rüstungen zu Lande sind ganz unbedeutend; man läßt Soldaten von einem Orte zum andern marschiren, desgleichen Transporte von Geschütz und Munition 2c., allein ernstliche Rüstung ist nicht vorhanden; dagegen sind die Seerüstungen im Mittelmeere formidabel, im colossalsten Maaßstabe; jetzt geht die Flotte von Brest ebenfalls dorthin; was bedeutet das? Gegen die Russische Seemacht ist ja eine solche Rüstung gar nicht nöthig! Merkwürdig ist auch, daß kein förmlicher Allianz-Vertrag zwischen Frankreich und England abgeschlossen ist: Frankreich hat abgelehnt, um den Deutschen Mächten den Zutritt zu erleichtern und offen zu lassen."

Se. Majestät der König haben dem Wirkl. Geh. Kriegsrath Fleck wegen seiner literarischen Bestrebungen im Gebiete des Militairrechts die goldene Medaille für Wissenschaft und Kunst zu verleihen geruht.

— Nachdem der Minister v. Westphalen gestern zum ersten Male nach seiner Krankheit wieder der Sitzung in der Ersten Kammer beigewohnt hatte, hat derselbe mit dem heutigen Tage auch wieder die volle Leitung des Ministeriums des Innern übernommen.

— Der General-Lieutenant von Möllendorff Excellenz, Commandeur der Garde-Infanterie, feiert heute sein funfzigjähriges Dienst-Jubiläum. Im Jahre 1803 trat er, 12 Jahre alt, als Junker in das Regiment Sr. Höchstseligen Majestät und schwur, nachdem er confirmirt worden war, am 3. März 1804 zur Fahne. Zur Feier des Tages erschien Morgens 8 Uhr in der Behausung Sr. Excellenz das Musikcorps des 2. Garde-Regiments z. F., das der Jubilar vom Jahre 1837 bis zum Jahre 1844 commandirte, um den Tag durch eine Morgenmusik einzuleiten. Um 10 Uhr empfing der General die Glückwünsche des Offizier- und Unteroffizier-Corps der Garde-Infanterie auf dem Kasernen-Hofe des Füsilier-Bataillons des 2. Garde-Regiments z. F. Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen Carl von Preußen, Prinz Friedrich, Prinz Albrecht (Sohn), Prinz Adalbert geruhten in ihrer Eigenschaft als Offiziere der Garde-Infanterie an dieser Gratulation Theil zu nehmen. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz von Preußen, Prinz Friedrich Carl und Prinz Albrecht wurden durch Unwohlsein verhindert. Der älteste Brigade-Commandeur der Garde-Infanterie, General-Major Graf Schlieffen, sprach im Namen des Offiziers-Corps die Wünsche für das Wohlergehen Sr. Excellenz aus und überreichte einen in der Werkstätte des Herrn Wagner (akademischer Künstler, an der Bau-Akademie Nr. 4) gefertigten Degen. Auf der einen Seite dieses Degens sind die Schlachten und Gefechte, welchen Se. Excellenz beiwohnte, verzeichnet, auf der andern findet sich die Inschrift: „Durch Tapferkeit und Beispiel." — Die Metalltheile sind massiv Gold oder Silber. Die Glocke des Gefäßes wird durch zwei Preußische Adler gebildet; im Inneren ist die Inschrift: „Die Offiziere der Garde-Infanterie ihrem väterlichen Führer" angebracht. Der Silbertheil des Griffes zeigt auf der einen Seite einen Junker in der Uniform des Regiments des Königs (Nr. 18) vom Jahre 1803, auf der andern eine Gruppe, zusammengestellt aus einem Landwehrmann, Grenadier und Jäger, darunter die Jahreszahl 1854. Im Knopf des Gefäßes befindet sich das in einen Sarder geschnittene Wappen des Generals. Der Bügel ist durch einen Lorbeerkranz gebildet. Das Ganze ist als eine sehr gelungene Arbeit des Künstlers zu erachten. — Se. Majestät haben geruht, mittelst einer sehr gnädigen Cabinets-Ordre dem Jubilar den Rothen Adler-Orden erster Klasse in Brillanten und mit Eichenlaub zu verleihen. Ebenso ist von Seiten Sr. Majestät des Kaisers Nicolaus mit einem sehr gnädigen Schreiben der Alexander Newsky-Orden für den General durch den Russischen Gesandten Baron v. Budberg Excellenz übergeben worden. — Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen übersandten dem Jubilar mit einem sehr gnädigen eigenhändigen Schreiben schon früh am Tage Höchstihr Brustbild in Oel, dessen Rahmen mehrfache Andeutungen auf die Feier des Tages und die Person des Jubilars darbietet. — Interessant ist, zu bemerken, daß der Jubilar stets in der Garde gedient hat, da auch das Regiment des Königs (Nr. 18) in Potsdam garnisonirte.

— Der General-Major und Commandeur der 3. Cavallerie-Brigade v. Bonin ist von Stettin, der Regierungs-Präsident Graf v. Krassow von Stralsund, der Königliche Kammerherr Graf v. Fürstenberg von Stammheim, der Königliche Legations-Secretair bei der Gesandtschaft in Dresden Graf v. Lehndorff von Dresden, der Königlich Großbritannische Legations-Attaché Strachey und der Kaiserlich Französische Legations-Attaché Dollfuß, so wie der Kaiserlich Französische außerordentliche Cabinets-Courier Graf v. Reiset sind von St. Petersburg hier angekommen.

— Der Polizei-Präsident von Königsberg Maurach ist nach Königsberg, der Kaiserlich Russische Staatsrath und Stallmeister Graf v. Potocki nach Warschau und der Königl. Großbritannische Consul in Memel, Hertslett, nach Stettin von hier abgereist.

— Schon seit längerer Zeit war das Kön. Staats-Ministerium mit Erwägung der Fragen beschäftigt, welche sich auf die Regulirung der Pensions-Ansprüche der mit den Hohenzollernschen Landen übernommenen Beamten beziehen. Wie wir erfahren, herrscht zwischen den Herren Ministern des Innern, der Justiz und der Finanzen vollstes Einverständniß über die in dieser Beziehung anzuwendenden Grundsätze. Das Recht der gedachten Beamten auf Pensionirung unter den Bedingungen, welche bei ihrer Anstellung maaßgebend waren, soll, wie die „Pr. Corr." berichtet, ihnen ohne Schmälerung gewahrt bleiben. Da sie jedoch mit dem Besitz-Uebergange jenes Ländergebietes an die Krone Preußen in vollem Sinne Preußische Beamte geworden sind, so folgt hieraus, daß für den Theil ihres Gehaltes, der über das ihnen ursprünglich von den Hohenzollernschen Regierungen Bewilligte hinaus ihnen gewährt wird, nur die für Preußische Beamte geltenden Bestimmungen in Anwendung kommen können.

— Zur Vereinfachung und Beschleunigung der die Gebietstheile am Jahdebusen betreffenden Verwaltungs-Vornahmen ist die ausschließliche Leitung derselben bis auf weitere Bestimmung der Admiralität in der Art übertragen worden, daß dieselbe außer der ihr ressortmäßig als oberster Marine-Behörde zustehenden Verwaltung auch die sonstige Administration jenes Gebietes führe. Wie die „Pr. Corr." bemerkt, soll dabei jedoch die Mitwirkung der übrigen Ministerien keineswegs ausgeschlossen, vielmehr die Admiralität gehalten sein, entweder einzelne dazu geeignete Angelegenheiten mit den anderen etwa dadurch berührten Central-Verwaltungen zu bearbeiten, oder sich doch ihres Einverständnisses zu versichern.

— Die Flensb. Ztg. berichtet von der Elbe unterm 27. Februar, daß an der Hamburger Börse am 24. v. Mts. bedeutende Blei-Ankäufe für Preußische Rechnung gemacht worden seien und zwar bis zum Belaufe einer halben Million Mark Banco. Dies würde eine Acquisition von ungefähr 4,000,000 Pfund ergeben. Jenes Blatt berechnet weiter: da eine Gewehrkugel in der Regel drei Loth wiegt, so gäbe jenes Material die Summe von 42 Millionen Gewehrkugeln. Außerdem seien auch auf Schwefel bedeutende Bestellungen für Preußische Rechnung gemacht.

— Die Vollzugs-Commission für den mit Oesterreich abgeschlossenen Handels-Vertrag hat ihre Arbeiten bis auf die Schlußfassung beendigt. Nach Rückkehr des Preußischen Commissarius, Geheimen Ober-Finanzrathes Dach, vom Rhein wird die letzte Redaction erfolgen. (Pr. C.)

— Der „Magdeb. Corr." schreibt unter neuestem Datum: Sicherem Vernehmen nach sind die Verhandlungen zwischen der Preußischen und der Sächsischen Regierung über die Anlage einer Eisenbahn von Leipzig nach Weißenfels ihrem Abschluß nahe.

— Der Erlaß des Eingangszolles auf Reis hat, nach den angestellten Ermittelungen, den gewünschten Erfolg einer Preis-Ermäßigung für die Consumenten nicht gehabt. Die „Preuß. Corr." giebt hierüber folgende Aufklärung: „Mit der Aufhebung des Zolles ist die Nachfrage nach Reis in einem solchen Umfange gestiegen, daß die Preise ungefähr um den Betrag der nachgelassenen Steuer in die Höhe gingen. Der Vortheil blieb daher in den Händen der Speculanten und kam in dem vorliegenden Falle sogar zum größten Theil auswärtigen Speculanten zu Gute, welche die größten Vorräthe von Reis aufgekauft hatten. Es stellt sich mithin jetzt unzweifelhaft heraus, daß in dieser Beziehung auch nicht einmal der aus einer Preis-Ermäßigung für die Consumenten erwachsende Nutzen als Gegengewicht gegen die sehr ansehnliche Einbuße des Staatsschatzes geltend gemacht werden kann, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Königliche Regierung den Bedenken gegen diese Maaßregel mehr Rechnung getragen haben würde, wenn nicht der Vorgang Hannovers sie in die Nothwendigkeit versetzt hätte, einen gleichen Schritt zu thun."

— Am 1. März wurden die Conferenzen, welche seit dem 13. v. Mts. mit kaufmännischen Sachverständigen und praktischen Juristen über die Revision der Concurs-Gesetzgebung unter der Leitung des Geheimen Rathes Bischoff stattgefunden haben, durch den Justizminister Simons geschlossen. Der Minister dankte Namens der Staats-Regierung den Mitgliedern der Versammlung für das lebendige Interesse, die Ausdauer und die Gründlichkeit, mit welcher sich dieselben der Prüfung und Begutachtung der ihnen vorgelegten Gesetz-Entwürfe unterzogen haben. Das Resultat der Berathung ist nach Angabe der „Preuß. Corr." ein sehr günstiges gewesen: die Grundzüge der Gesetzgebung haben allgemeine Billigung gefunden. Im Einzelnen sind mehrfache Verbesserungen vorgeschlagen.

— Nach einer Mittheilung der Regierung an die Budget-Commission der Zweiten Kammer dürfte für dieses Jahr als Zuschuß zur Deckung garantirter Zinsen für verschiedene Eisenbahngesellschaften die Summe von 300,000 Thlrn. erforderlich sein. Es ist bei dem Ansatz derselben angenommen, daß die Garantie für die Aachen-Düsseldorfer Bahn voll und zwar für 4 Millionen à 3½ pCt. mit 140,000 Thlr., für die Gladbach-Ruhrorter Bahn voll für 1½ Millionen à 3½ pCt. mit 52,500 Thlr. und für die Stargard-Posener Bahn nur theilweise mit 107,500 Thlr. in Anspruch genommen werden könne.

— [Zweite Kammer.] Der Abg. Wagener (Neu-Stettin) hat folgenden sehr beachtenswerthen Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen:

Die für die Arbeiter-Unterstützungs-Kassen gebildete, event. eine besondere Commission mit Untersuchung der Frage zu beauftragen:

I. in welcher Weise die in der anbei überreichten Petition der vereinigten Vorstände und Repräsentanten hiesiger Handwerker-Innungen d. d. Berlin, den 1. Februar 1854, beregten Mängel unserer gewerblichen Zustände und der darauf bezüglichen Gesetze und Institutionen am zweckmäßigsten und durchgreifendsten ihre Erledigung finden.

II. Ob und welche gesetzliche Bestimmungen nothwendig sind, um den als begründet anzuerkennenden Beschwerden und Bitten des Handwerkerstandes Abhülfe und Erfüllung zu gewähren.

Motive: Die Bedeutung des Handwerkerstandes für die Gesammtheit des Staates sowohl in socialer als in politischer Beziehung, die Bedeutung der angeregten Beschwerde-Punkte für den Nahrungsstand und eine gedeihliche Entwickelung des Handwerkerstandes und die bei den einzelnen Petitionen in der überreichten Petition selbst entwickelten Gründe.

Unterstützt ist der Antrag durch die Abgeordneten v. Blanckenburg, v. Gerlach, Ubden, Frhr. v. Reckenberg, v. Kröcher, v. Hagen, v. Plehwe, Weber, Graf Schlieffen, Frhr. v. Sobeck, v. Reichmeister, Graf Pückler, v. Kleist-Tychow, v. Berg, Graf v. d. Schulenburg, v. Gadow.

Krotoschin, 1. März. [Chausseen.] Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 30. Januar d. J. Allerhöchst genehmigt, daß die zu dem Bau der Chaussee von Krotoschin über Kobylin, Dlonie und Goerchen nach Rawicz, mit einer Zweig-Chaussee von Dlonie nach Jutroschin und zur Fortsetzung der Rawicz-Kroeben-Gostyner Chaussee von Gostyn bis an die Schrimmer Kreisgrenze, im Regierungs-Bezirk Posen, erforderlichen Geldmittel durch Ausstellung von auf den Inhaber lautenden Kreis-Obligationen des Kreises Kroeben zum Betrage von 32,500 Thlr. beschafft werden. (Pr. C.)

Köln, 28. Februar. [Verhaftung.] Gestern Mittag wurde Baule, der ehemalige Gérant der (blutrothen) Westdeutschen Zeitung, verhaftet. Man wollte von noch anderweitigen Verhaftungen wissen. (Fr. Pstz.)

Karlsruhe, 28. Febr. Der Großherzogl. Badische Gesandte am Königl. Preuß. Hofe, Frhr. v. Meysenbug, ist vorgestern wieder nach Berlin zurückgekehrt. Die Zweite Kammer gelangte heute zum Schluß der Debatte über das Gewerbesteuer-Gesetz. Dasselbe wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Kassel, 27. Febr. [Zur Situation.] Glaubwürdigem Vernehmen nach sind die Erklärungen unserer beiden Kammern über die Verfassung dem Bundestage noch nicht vorgelegt worden. Das Verfahren unserer Regierung scheint darauf gerichtet, den jetzigen Zustand des Landes so lange als nur thunlich zu erhalten. — Die Auswanderung beginnt dieses Jahr in großartigem Maaße; alle Wochenblätter sind voll von Reihen der Namen militairpflichtiger Jünglinge, welche ungehorsam nach Amerika ausgewandert sind. (Frankf. Journ.)

Hanau, 28. Febr. [Spielhölle.] Wie man hier erzählt, haben die Bevollmächtigten der Spielpächter zu Nauheim diesen Ort verlassen und dahin Nachricht gegeben, die Neubauten einzustellen. Als Grund giebt man die Kriegsverhältnisse an. (Also nicht die Weigerung des Kurhessischen Ministeriums, eine Spielhölle ins Leben treten zu lassen? D. Red. d. N. Pr. Ztg.)

Oldenburg, 1. März. [Erzherzog Stephan. Jahde-Busen.] Der Erzherzog Stephan ist beim Großherzogl. Hofe zum Besuche von seinem Schlosse Schaumburg an der Lahn eingetroffen. Wie die Old. Ztg. berichtet, ist das von Preußen erworbene Territorium des Jahde-Busens dem Regierungsbezirk Minden zugelegt.

* **Flensburg**, 1. März. [Judengesetz.] Wie dem „Hamb. Corr." mitgetheilt wird, ist eine allerhöchste Verordnung für das Herzogthum Schleswig über die Verhältnisse der Juden erschienen. Das Bürgerrecht giebt ihnen, falls sie die sonst erforderlichen Eigenschaften besitzen, das Recht, an der Wahl der städtischen deputirten Bürger Theil zu nehmen und als solche erwählt zu werden; sie sollen indessen ausgeschlossen sein von der Theilnahme an allen Sachen, die Kirche und Schule betreffen.

Luxemburg, 24. Febr. [Verhandlungen im Haag. Eisenbahn.] Der Regierungs-Präsident Simons, der General-Verwalter Würth-Paquet und der Ex-Gouverneur de la Fontaine, welche als Deputation der Regierung nach dem Haag gereist waren, um die Angelegenheit der Niederländischen Reclamation von sieben Millionen zu ordnen, sind gestern wieder hier eingetroffen. Der Erfolg der diesfälligen Conferenzen soll ein sehr befriedigender sein: Holland giebt seine Reclamationen ganz auf. Herr de la Fontaine hat die Niederländischen Commissarien überzeugt, daß ihre Forderungen ungegründet seien, daß vielmehr Luxemburg bis jetzt noch im Nachtheil stehe. — Hr. Würth-Paquet soll eine andere Mission gehabt haben, über welche jedoch nichts verlautet. — Se. Exc. der Herr Festungs-Gouverneur General-Lieutenant v. Wedell ist ebenfalls von Berlin zurück und hat die günstigsten Nachrichten für unsre Eisenbahn mitgebracht. Der Bau der Trier-Luxemburg-Metzer Bahn soll so gut als gewiß sein. — Von unserer neuen Kupfermünze sind die 10-Centimes-Stücke dem Verkehr bereits übergeben. Sie haben die Größe der neuen Französischen, tragen auf der einen Seite das Luxemburgische Wappen mit der Umschrift: „Grand-duché de Luxembourg", auf der anderen einen Eichen- und Lorbeerkranz mit der Bezeichnung: 10 Cent. 1854. (N. Tr. Z.)

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien**, 1 März. [Personalien. Vermischtes.] Der Oesterreichische Gesandte am Baierischen Hofe Graf von Apponyi ist heute früh nach München abgereist. — Das Consistorium hat verordnet, daß für Israeliten nicht eher ein Schulzeugniß ausgestellt werden darf, als bis ein Religionszeugniß vom israelitischen Religionslehrer beigebracht worden ist, wo dann die Religionsnote in das auszustellende Schulzeugniß zu übertragen ist. Das Religionszeugniß aber muß bei den Schulacten aufbewahrt werden. Aus St. Petersburg bringen Handelsbriefe die Mittheilung, daß in naher Zeit der Erlaß eines Verbotes der Ausfuhr von Gold und Silber aus Rußland zu erwarten ist. Dieser Tage hat der Russische Gesandte Baron v. Meyendorff eine Depesche aus St. Petersburg erhalten mit der Abschrift des Antwortschreibens Sr. Majestät des Kaisers von Rußland auf das Handschreiben Louis Napoleon's. Das schon erwähnte Werk vom Grafen v. Ficquelmont ist betitelt: „Die religiöse Seite der orientalischen Frage und die politischen Flüchtlinge im Orient." Es wird am 10. d. im Buchhandel erscheinen. Die 25,000 Mann Truppen, welche neuerdings zur Verstärkung des Beobachtungs-Corps an der Türkischen Grenze beordert worden sind, haben den Marsch dahin bis zur Stunde noch nicht angetreten und sind bloß in Bereitschaft gestellt.

Ausland.

„Rußland isoliren," — heißt das etwas Anderes, als uns selbst isoliren? heißt das etwas Anderes, als die Politik der sogenannten Alt-Russischen Partei dechargiren? heißt das etwas Anderes, als das Russische Cabinet zwingen, alle Fäden zu durchschneiden, durch welche dasselbe bisher mit Deutschland zusammenhing, und alle die Rücksichten fallen zu lassen, welche uns in schwerer Zeit so wohl gethan? Und was würde die Folge und die Frucht einer solchen Isolirung sein? Etwa ein Nachgeben Rußlands und ein Vermeiden des gefürchteten Krieges? Wir zweifeln nicht, daß Alle, welche sich noch bis gestern einer solchen Täuschung hingegeben haben, durch das letzte Kriegs-Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Rußland für immer eines Bessern belehrt sein werden. Es ist die politische Lage des Russischen Reiches, wie der Charakter seines Herrschers, welche das Nachgeben-Wollen wie das Können gleich unmöglich machen. Möglich, daß Rußland sich in seiner vermeintlichen Isolirung selbst zu genügen meinte; möglich, daß es eine Allianz jenseit des Rheines suchte und fände, in dem einen wie in dem andern Falle würde es Deutschland sein, auf dessen Schultern die Lasten des Krieges gewälzt würden. Oder hält der Deutsche und der Preußische Liberalismus ein eventuelles Bündniß zwischen Rußland und Frankreich für ein bloßes Schreckbild der Reaction? Wir haben den Scharfsinn unserer Liberalen niemals zu hoch angeschlagen, doch wollen wir ihnen ausnahmsweise Einsicht genug zutrauen, um richtig würdigen zu können, was ein solches Bündniß für sie und ihre Principien zu bedeuten haben würde, und daß es nicht die gewöhnliche Reaction ist, welche die fragliche Allianz mit Schrecken betrachtet.

Frankreich.

?? **Paris**, 27. Febr. [Subventionen; Stockungen im Handel und Wandel; Fastenpredigten.] Dem Minister des Innern ist abermals ein Credit von zwei Millionen zur Subventionirung von Gemeinde-Arbeiten eröffnet worden. Die bisher bewilligten Fonds waren nur unter diejenigen Gemeinden vertheilt worden, welche Arbeiten zur Beschäftigung der nothleidenden Klassen angeordnet hatten. Der neue Credit soll denen zu gut kommen, welche zu arm sind, um Fonds zu solchen öffentlichen Arbeiten bestimmen zu können. In der Correspondenz der Departementalblätter lesen wir: „Die Industrie stockt überall, die Fabrikanten sind außer Stande, ihre Vorräthe abzusetzen, und stellen ihre Arbeiten ein. In Saint Etienne stehen 1400 Webstühle still, Rheims und St. Ouen klagen lebhaft, Roubaix fleht nur seltene Käufer, Lille und Tourcoing sind von einer Krisis bedroht." Die Körnerpreise steigen von Neuem. — Der Belgische Gesandte hat gestern dem Kaiser Louis Napoleon das große Band des Leopold-Ordens und der Holländische Gesandte dem Kaiser einen Teppich Niederländischer Fabrik überreicht. — Auch in der diesjährigen Fastenzeit werden sogenannte Conferenzen in fast allen Kirchen stattfinden. Größer aber als je ist die Zahl der Jesuiten, welche die Kanzel besteigen werden. In der Kirche Notre-Dame der P. Felix — derselbe, der auch im vorigen Jahre dort predigte —, in Saint Louis d'Antin der P. Ventura, in St. Vincent de Paul der bekannte Abbé Ratisbonne, Mitglieder des Jesuiten-Ordens in Notre-Dame de Lorette, Notre-Dame des Victoires, Missions étrangères, St. Sulpice, St. Valère, St. Germain des Prés. Hatten wir im vorigen Jahre schon Gelegenheit, manche interessante Auslassung der Fasten-Redner aufzuzeichnen, so wird es diesmal vollends nicht an solchen fehlen. Denn der Clerus ist nichts weniger als zufrieden. Die Unterdrückung des Jesuiten-Collegiums von Saint Michel, die Verwarnung des „Ami de la religion" und die Demission des Erzbischofs von Rheims als Mitglied des Oberen Unterrichts-Rathes sind eben so viele Anzeichen von dem Anfang des Endes der entente cordiale zwischen der Regierung und dem Clerus. (Vergl. den gestrigen † Brief aus Paris. D. Red.)

?? **Paris**, 28. Februar. [Lamennais' Tod und seine Dante-Uebersetzung. Handels-Bälle. Eine Proclamation Ledru-Rollin's. Vermischtes.] Lamennais ist gestern (wie schon gemeldet) gestorben, obgleich die Aerzte seit einiger Zeit gehofft hatten, ihn zu retten. Die Bemühungen des Clerus, den Apostaten zur Rückkehr in den Schooß der katholischen Kirche zu bewegen, sind ohne Erfolg geblieben. Von vielen Seiten wird behauptet, daß der Clerus sich nicht mit der ihm eigenthümlichen Geschicklichkeit dabei benommen habe und daß seine Zudringlichkeit vielmehr dazu geeignet war, den Kranken in seiner Hartnäckigkeit zu bestärken als ihn zur Unterwerfung zu vermögen. Dem sei wie ihm wolle: Lamennais ist ebenso gestorben wie er in seinen letzten Jahren gelebt hatte, als Gegner des Papstthums. Selbst seine Schwester, die man aus St. Malo — Lamennais und Chateaubriand wurden dort geboren — hatte kommen lassen, vermochte nichts über ihn. Ich schrieb Ihnen schon, daß er in seinem Testamente ausdrücklich verboten habe, seinen Leichnam in eine Kirche zu bringen. Wie es heißt, hat er überdem vorgeschrieben, daß er in der großen gemeinschaftlichen Armengruft beerdigt werde. Morgen in der Frühe findet sein Begräbniß statt. Lamennais hinterläßt ein ziemlich bedeutendes Vermögen, obgleich er in verschiedenen Speculationen große Verluste erlitten hat. Er war von einer fast an Geiz grenzenden Sparsamkeit. Unter seinem Nachlaß befindet sich die Uebersetzung von Dante's „göttlicher Komödie". Sie wissen, daß er keinen Verleger finden konnte, weil die Uebersetzung von antikatholischen Commentaren begleitet ist, denen die Verleger aus polizeilichen Gründen nicht trauten. Man sagt, das Buch werde nun in Brüssel herausgegeben werden. — Eine national-ökonomische Zeitschrift scheint gegen das System der Regierung, „den Verkehr durch Bälle und Feste in Schwung zu bringen", einen gründlichen Angriff gemacht zu haben. Der Artikel ist mir nicht zu Gesichte gekommen; aber aus der Sprache des officiösen „Constitutionnel" gegen denselben kann man auf seinen Inhalt schließen, der die Regierung nicht wenig verdrossen haben muß. Nur die Wahrheit verletzt. Man huldigt jenem System übrigens nicht bloß in Paris: auch in Rom werden Bälle zu Gunsten der Armen und — wie man versichert, zum Besten des Handels gegeben, wie wir der Privat-Correspondenz des „Univers" entnehmen. Selbst die Cardinäle erscheinen auf den Bällen, aber, um einem Privatschreiben zu glauben, sie ziehen sich zurück, sobald die Tänze beginnen. — Den in den Ministerien angestellten Beamten ist neuerdings die strengste Discretion zur Pflicht gemacht worden. Wer nur ein Wort aus der Schule plaudert, werde seinen Posten verlieren. — Zur Geschichte des 24. Februars erfährt man nachträglich, daß eine Proclamation Ledru-Rollin's eingeschwärzt und in den Vorstädten vertheilt worden war. In dieser Proclamation wurden die „Republikaner" aufgefordert, sich zu zählen, d. h. auf dem Bastillenplatze zu bummeln. Das ist auch wirklich geschehen. — Der „Asmodie" hat Toulon verlassen, befrachtet mit Ingenieur-Werkzeugen zur Errichtung eines befestigten Lagers bei Konstantinopel. — Die Aushebung der Matrosen findet große Schwierigkeiten. — Die Hierherkunft Englischer Generale — sie werden täglich erwartet — soll zu großen militairischen Festlichkeiten die Gelegenheit bieten.

?? **Paris**, 1. März. [Zwei Gräber. Lamennais. Roussin.] Die Beerdigung von Lamennais hat heute in der Frühe stattgefunden. Das darauf bezügliche „Eingesandt der Polizei", das wir gestern schon mittheilten, hatte die Neugierde nur noch mehr angeregt und eine große Menschenmasse in die Rue du grand chantier gezogen. Die Polizei hatte ihre liebe Noth, die Menge von dem Convoi, der nur aus einigen vierzig Personen bestand, abzuschneiden. War es hier gelungen, so mußte sie an der nächsten Straßenecke ihr Manöver von Neuem beginnen, da die Leute von Straße zu Straße auf Umwegen dem Zuge voraneilten. In der Nähe des Père Lachaise hörte man den Ruf: Vive Béranger! und ging die Polizei — wie man mir versichert — handgreiflich zu Werke. Nachstehend der Wortlaut von der Stelle des Testamentes, in der Lamennais seine Bestattung regelt: „Ich will inmitten der Armen und nur wie sie beerdigt werden. Man soll nichts auf mein Grab setzen, nicht einmal einen einfachen Stein. Mein Körper wird direct nach dem Friedhof gebracht werden, ohne in irgend einer Kirche präsentirt zu werden. Ich will nicht, daß mein Tod in Anzeigebriefen bekannt gemacht werde; man wird ihn nur antündigen den Herren Béranger, Avenue Chateaubriand 7, Dessolles, Rue Labarpe 56, E. Fouques, Rue Tournon 8, d'Ortiques, Rue Lazare 34. Ich verbiete ausdrücklich, daß man in meiner Wohnung die Siegel auflegt. Paris, 16. Januar. Lamennais." — Während an dem einen Ende ein Priester von Demokraten und Polizei-Agenten zur Gruft begleitet wurde, geschah in dem andern die kirchliche Begräbnißfeier eines Kriegers mit der seinem Range gebührenden Pracht. Mehrere Regimenter und Batterien, alle Notabilitäten der Armee und der Regierung und eine große Anzahl von Fremden folgten dem Leichenwagen des Admiral Roussin. Die kirchliche Feier hatte in der Magdalenenkirche stattgefunden. — Das Expeditions-Corps für die Muhamedaner wird in 5 Convois übergeschifft werden. Morgen ist die Eröffnung der Session, wozu die Mitglieder der Kammer und des Senates in die Tuilerien eingeladen worden sind. (Vergl. telegraphische Depesche unter Kriegsschauplatz.)

△ **Paris**, 1. März. [Kammer.] Morgen beginnt also wieder die Landesvertretung ihre aufopfernden Arbeiten, kein Mensch bekümmert sich darum, und man will sogar die Ankunft der Französischen Cardinäle und Erzbischöfe, die für diese Eröffnung heut hier eingetroffen sind, mit manchen andern Dingen in Verbindung bringen. Aber die sechs Cardinäle de Bonald, Dupont, Gousset, Mathieu, Donnet, Morlot sind bloß für den angegebenen Zweck hier.

— Eine Depesche aus Toulon vom gestrigen Datum meldet, daß man Dampfschiffe zum Transport mehrerer Cavallerie-Regimenter einrichtet, und daß im Arsenal Tag und Nacht gearbeitet wird.

Großbritannien.

* **London**, 28. Febr. [Hofnachricht. Personalien.] Im Befinden der Herzogin von Glocester ist keine Aenderung eingetreten. Der Herzog und die Herzogin von Nemours waren gestern bei der Herzogin von Kent auf Besuch. — Lord Raglan, der

Berliner Zuschauer.

Berlin, 3. März.

Angekommene Fremde. British Hotel: Graf v. Miaczinski, Rittergutsbesitzer, aus Pawlowo. Freiherr v. Albedyhl, Rittergutsbesitzer, aus Carnitten. Graf v. Brockdorff-Ahlefelq, Erbherr, aus Ascheberg. — Hotel des Princes: Graf v. Krassow, Regierungs-Präsident, aus Stralsund. — Hotel de Petersbourg: Graf Blücher-Fincken, Rittergutsbesitzer, aus Fincken. Graf v. Fürstenberg, Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, aus Stammheim. — Hotel du Nord: v. Krauthof-Jamitzow, Rittergutsbesitzer, aus Jamitzow. — Hotel de Rome: Graf Renard, aus Groß-Strehlitz. Baron v. Muschwitz, aus Groß-Strehlitz. — Meinhardt's Hotel: v. Brandt, Rittergutsbesitzer, aus Schmerwitz. Graf v. Lehndorff, Königl. Preußischer Legations-Secretair, aus Dresden. — Victoria-Hotel: Baron v. Oven, Rittergutsbesitzer, aus Gr.-Machnow. Graf v. Hohenthal-Büchau, Rittergutsbesitzer, aus Büchau. — Rheinischer Hof: v. Düring, Regierungsrath, aus Aachen. — Luz's Hotel: v. Ziethen, Rittergutsbesitzer, aus Badewitz. — Hotel de Brandebourg: v. Reiche, Rittergutsbesitzer, aus Rosbyteck. v. Bonin, General-Major, aus Schöneberg. — Schlösser's Hotel: v. Plentz, Oberst-Lieutenant, aus Lübben. v. Rohr, Rittergutsbesitzer, aus Mayenburg.

Berlin-Potsdamer Bahnhof. Den 2. März Morgens 7½ Uhr nach Potsdam: Der General der Cavallerie Graf v. d. Gröben; der General-Lieutenant Graf v. Waldersee, zurück 2½ Uhr.

Den 3. März 8½ Uhr nach Potsdam: Se. Hoh. der Erbprinz von Sachsen-Meiningen.

— †§ Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Carl von Preußen, der Prinz Georg von Preußen und Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin von Liegnitz beehrten die gestrige Vorstellung im Königlichen Opernhause: „Die Stumme von Portici" mit Höchstihrer Gegenwart.

— n Ueber eine schon erwähnte Feierlichkeit wird uns noch Folgendes eingesandt: „Am 28. Febr. feierte der Kastellan des Kriegsministeriums, Herr Knoll, sein funfzigjähriges Dienstjubiläum, das von allen Seiten mit der regsten Theilnahme begrüßt wurde. Christlieb Friedrich Knoll, geboren 1786 in Reckow bei Cammin, trat am 28. Februar 1804 in das Regiment Wilhelm von Braunschweig ein und machte in den Reihen desselben den Feldzug von 1806 mit. Bei Lübeck gefangen, ranzionirte er sich und ging nach Danzig, wo er in das v. Crocow'sche Freicorps trat und mit demselben der Belagerung von Danzig beiwohnte. Im Jahre 1807 ward er in das erste Garde-Regiment zu Fuß versetzt, wurde in der Schlacht von Groß-Görschen durch eine Gewehrkugel in der Brust schwer verwundet und erhielt zum Lohn für seine Tapferkeit das eiserne Kreuz zweiter Klasse und den Kaiserlich Russischen Sanct Georgsorden. Im Jahre 1822 verließ er den Militairdienst, wurde als Kanzleidiener im Kriegsministerium angestellt und 1844 mit dem Amte des Kastellans betraut. — Bereits am Tage vor dem Jubiläum erschien der General-Lieutenant von Möllendorf in der Wohnung des Jubilars, dessen früherer Compagnie-Chef er gewesen, und brachte demselben in herzlichen Worten persönlich seinen Glückwunsch dar. — Am Morgen des Jubeltages begab sich der Director des Militair-Oekonomie-Departements in die Dienstwohnung des Jubilars, um denselben zu beglückwünschen und ihm in Anerkennung geleisteter treuer Dienste während eines halben Jahrhunderts die Insignien des ihm von Sr. Maj. dem Könige verliehenen Rothen Adler-Ordens vierter Klasse zu überreichen. Später erschien eine Deputation der Offiziere und Räthe des Ministeriums, um demselben ihre Glückwünsche zu dem erlebten Ehrentage darzubringen und ihre Theilnahme an demselben durch Ueberreichung eines silbernen Pokals zu bethätigen. Mittags versammelte der Kriegsminister, General-Lieutenant von Bonin zu Ehren des Jubilars sämmtliche Offiziere und Räthe des Ministeriums zu einem Diner, wo demselben der Ehrenplatz neben Seiner Excellenz angewiesen ward. Der Minister brachte die Gesundheit des Gefeierten aus und berührte in einer längeren, wahrhaft herzlichen Rede, daß er seine militairische Dienstlaufbahn in demselben Regimente und fast zu derselben Zeit mit dem Jubilar begonnen, später, ebenfalls dem ersten Garde-Regiment zu Fuß angehörig, alle Schlachten mitgefochten, welche dasselbe so ruhmreich bestanden, und endlich am Abende seines Lebens wiederum mit dem Jubilar unter einem Dache vereint sei. — Die Versammlung schloß sich dem Lebehoch mit dem Ausdrucke herzlichster Theilnahme an. — Möge der verdienstvolle Jubelgreis, der seinem Amte noch mit gewohnter Rüstigkeit weiter vorsteht, sich des festlichen Tages noch recht lange mit der herzlichsten Freude erinnern."

— s Der Geheime Commerzien-Rath Carl, Mitglied der Zweiten Kammer, gab gestern in den schönen Räumen seiner Wohnung am Pariser Platz einen glänzenden und zahlreich besuchten Ball.

— n Ein in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zur Debatte gestellter Antrag: in der Stadt nächtliche Sanitätswachen zu errichten, wurde von der Versammlung als zu kostspielig abgelehnt.

— z Die Stadtverordneten-Versammlung hat den Antrag auf Besteuerung der hier eingeführten Biere aus dem Inlande und den Zollvereins-Staaten vorläufig abgelehnt.

— d Seit dem 1. d. Mts. ist eine neue Postverbindung zwischen Berlin und Liebenwalde eingerichtet. Dagegen ist die Postverbindung zwischen Berlin und Prenzlau über Groß-Schönebeck aufgehoben.

— d Die Bereitung der Molken in der hiesigen Schweizerischen Molken-Anstalt des Dr. Böhme (Oranienburgerstraße Nr. 18) hat bereits begonnen; der Gebrauch der Molke selbst aber wird erst mit dem 8. Mai anfangen. Auch in diesem wie im vorigen Jahre werden Mineralbrunnen aller Art (auf vorhergegangene Bestellung) dort zu finden sein.

— ‡‡ Der Conditor Held in der Commandantenstraße ist, dem Vernehmen nach, Hofconditor Sr. K. H. des Prinzen Friedrich der Niederlande geworden. Er hat das Niederländische Wappen in einer Größe von über 2 Fuß Höhe und 4 Fuß Breite vergoldet über seinem Laden angebracht.

— n Wie es heißt, will der ehemalige Präsident der National-Versammlung v. Unruh jetzt ebenfalls nach Amerika auswandern.

— d Die hart an dem Wege zwischen Weißensee und Lichtenberg belegene Colonie bei Hohen-Schönhausen, welche aus 8 Gebäuden besteht, hat den Namen „Colonie Neu-Hohen-Schönhausen" erhalten.

— s Von den Leichenhäusern auf hiesigen Kirchhöfen sind im vorigen Jahre zwei gar nicht, und die übrigen nur in 84 Fällen benutzt worden.

— z Das Königl. Ober-Tribunal verhandelte gestern einen Preß-Prozeß gegen den Kaufmann Krackrügge zu Erfurt und gegen den Buchdruckereibesitzer und Redacteur der Erfurter Zeitung Faust in der Nichtigkeits-Instanz. Ersterer war beschuldigt, durch zwei von ihm verfaßte und in gedachter Zeitung veröffentlichte Artikel über die damals in den Kammern debattirte Grundsteuer gegen den § 100 (Aufreizung zu Haß und Verachtung unter Staatsangehörigen 2c.) verstoßen, Letzterer, sie durch sein Blatt veröffentlicht zu haben. Die Angeklagten hatten sich unter Anderm darauf berufen, daß die Artikel den Kammerberichten entnommen und einzelne Ausdrücke sogar gemildert worden, die Artikel also, da Referate über Kammer-Verhandlungen nach dem Strafgesetze straflos seien, im Sinne dieses Gesetzes einer Strafe nicht unterlägen. Das Kreisgericht zu Erfurt hatte jedoch Krackrügge zu 3 Monaten Gefängnißstrafe, den Faust zu 20 Thlrn. Geldbuße, verurtheilt und das Appellationsgericht zu Naumburg dieses Urtheil bestätigt. Das Ober-Tribunal wies in seiner gestrigen Sitzung die Nichtigkeitsbeschwerde zurück, da die betreffenden Artikel nicht als Kammer-Referate gelten könnten.

— n Die hier bestehenden Sonntags-Freischulen wurden von dem Prof. Mühler gestiftet. Der Stifter erhielt bereits von dem König Friedrich Wilhelm II. (gestorben am 16. November 1797) als Anerkennung seiner wohlthätigen Wirksamkeit durch Begründung der Sonntagsschulen die große goldene Huldigungs-Medaille, in deren Besitz der in hohem Alter noch unter uns lebende Sohn desselben, Kriegsrath Mühler, sich befindet.

— s Am 28. v. M. zwischen 6 und 7 Uhr Abends, als der Zug von Hamburg sich der Station Schwarzenbeck näherte, schlug plötzlich eine Kugel durch beide Fenster eines Coupés der zweiten Wagenklasse, in welchem 7 Herren saßen, und zertrümmerte beide Fensterscheiben, ohne jedoch Jemanden zu beschädigen. Wäre die Kugel einige Secunden früher durchgeflogen, so hätte sie höchst wahrscheinlich einen der Passagiere, welcher sich wegen Unwohlseins an das gleich darauf zertrümmerte Fenster angelehnt hatte, getödtet. Weder der Locomotivführer, noch der Feuermann, noch einer der Schaffner oder der Zugführer haben gesehen, woher der Schuß gekommen ist, der wohl nur ein zufälliger und kein absichtlicher gewesen, da die Gegend dort dicht mit Wald (dem sogenannten Sachsenwald) bewachsen ist.

— ‡‡ Die Beispiele rohester Mißhandlung der Thiere sind leider nicht selten in Berlin. So schlug dieser Tage ein Handelsmann, der vor einen Wagen zwei Hunde gespannt hatte, den kleineren unbarmherzig mit einem Stocke. Damit noch nicht zufrieden, stieß er ihn unaufhörlich auf den größeren, so daß dieser endlich wüthend über den kleineren herfiel und ihn dergestalt biß und verwundete, daß das Thier dem Tode nahe war. Nun spannte der Eigenthümer das arme Thier aus und warf es die Kellertreppe, welche zu seiner Wohnung führte, hinunter. Durch dies Betragen empört, hatte sich ein Auflauf von gegen 100 Menschen gebildet, welche laut die Bestrafung forderten. Ein Schutzmann, dem sich sofort mehrere Zeugen nannten, denuncirte ihn und zerstreute den Zusammenlauf.

— !! Die Breslauer Zeitung ruft aus: „Frankreich hat ein Recht, überall auf Klarheit und Aufrichtigkeit der Politik zu dringen, da es mindestens in Bezug auf die orientalische Frage das Beispiel dazu gegeben." Vermuthlich eine feine Anspielung auf die klaren und aufrichtigen Worte des „Moniteur": „Wenn die Fahnen Frankreichs und Oesterreichs sich im Orient vereinigten, so könnte die Französische Regierung nicht erlauben, daß man suchte, sie an den Alpen zu theilen." Dieses aufrichtige „Wenn" hat doch wohl auch sein klares „Aber". Und der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht, hat dem Breslauer ein X für ein U gemacht.

— V Der März beginnt mit einem Frühlingslächeln. Unzählige Spaziergänger drängen sich auf der Sonnenseite und suchen den ersten hellen Sonnenblick,

Chef der Englischen Armee, die für den Islam auszieht, wird von seiner Pariser Reise schon morgen hier zurückerwartet. — Se. K. H. der Herzog von Cambridge macht die Expedition für die Türkei als General-Lieutenant mit und wird eine Division von 2 Brigaden commandiren, deren eine aus Garden, die andere aus regulärer Infanterie bestehen wird. — Commodore Michael Seymour hat den wichtigen Posten des Flotten-Capitains unter Sir Charles Napier übernommen. Letzterer ist in Portsmouth und hat, bis der „Wellington" ankommt, seine Admiralsflagge auf der „Princeß Royal" (91) aufgehißt.

♁ **London**, 28. Febr. [Officielle Bewegung. Kriegsminister. Sir Charles Napier.] Die lebhafte Bewegung in der officiellen Welt, auf die ich Sie gestern aufmerksam machte, dauert fort. Gestern hatte wieder der Earl von Clarendon ein Audienz bei Ihrer Majestät der Königin und sah seine ministeriellen Collegen, nach seiner Rückkunft von derselben, im auswärtigen Amt. Es wurde schon erzählt, daß der Earl eingewilligt habe, seinen Posten an Lord Palmerston (Feuerbrand!) abzutreten, und daß die Audienz Lord Aberdeen's am Sonnabend und die gestrige Lord Clarendon's dem gegolten habe. Wäre dies richtig, so würde es scheinen, als wenn die Sache im Buckingham-Palast auf Schwierigkeiten stöße, die allerdings eben nicht unerklärlich wären. Sonst erzählt man sich auch, daß der Posten eines Kriegsministers, über dessen Errichtung schon seit einiger Zeit Rath gepflogen worden sein soll (bis jetzt giebt es bloß einen Kriegssecretair), für Lord Palmerston bestimmt sei. Dem Hofe dürfte er dort, nach den jüngsten Vorfällen, kaum angenehmer sein, aber die Sache würde dann wenigstens mit größerer Rücksicht für das Oesterreichische Cabinet geordnet sein. Die militairische Rührigkeit des Landes nimmt in jedem Augenblick zu. In der Presse finde ich heute die Bestätigung der Liste von Regimentern, die ich gestern als für die Zusammensetzung eines zweiten Expeditionscorps bestimmt mittheilte. Sir Charles Napier, jetzt vollständig der Abgott der kriegerischen Demokratie, ging gestern Abend um 7 Uhr mit der Südwestbahn nach Portsmouth ab. Da er in voller Admirals-Uniform war, wurde er vom Publicum erkannt, und Hurrahs wurden ihm nachgerufen.

‡‡ **London**, 28. Februar. [Parlaments-Verhandlungen.] Oberhaus-Sitzung am 27. Februar. Lord Shaftesbury überreicht eine Petition aus Aberdeen gegen die Anstellung römisch-katholischer Gefängniß-Caplane und erwiedert auf Lord Campbell's Anfrage, daß er die Absicht habe, die Bill zur Besserung jugendlicher Bettler, welche voriges Jahr durch's Oberhaus ging und für das Unterhaus zu spät kam, im Laufe dieser Session wieder einzubringen.

Lord Ellenborough hat einen „wichtigen Gegenstand" zur Kenntniß des Hauses zu bringen. In Petersburg sei die Ausrüstung von 12 Fregatten und Corvetten angeordnet, die beim Eisbruch aus der Ostsee auslaufen sollen; wenn diese Schiffe bis zum 21. März das Kattegat erreichten, so könnten sie die Nordküsten Schottlands und Irlands umsegeln, und ehe fünf Wochen um seien, dürfte man bei Lloyd's (im Assecuranten-Bureau) die erstaunliche Kunde vernehmen, daß arglose Britische Kauffahrer im Canal oder im Norden Irlands gekapert worden seien, und das Publicum würde mit Schrecken hören, daß Britische Artillerie, die von unescortirten Segelschiffen nach dem Mittelmeer befördert werden sollte, auf der Fahrt dahin Russischen Kreuzern in die Hände gefallen sei. (Hört, hört!) Jene 12 Fregatten hätten gewiß keine andere Bestimmung, und außer diesen lägen 11 Russische Kriegsschiffe auf verschiedenen auswärtigen Stationen (hört, hört!): in Manilla eine Russische Fregatte und eine Brigg, während England dort nur ein 50-Kanonen-Fahrzeug habe; in Australien liege eine Russische 60-Kanonen-Fregatte gegenüber einer Englischen von bloß 26 Kanonen, und selbst diese sei abbeordert; in Rio eine Russische 44-Kanonen-Fregatte, die in Portsmouth gastfreundlich reparirt worden (Gelächter); in Madeira ein schwer bewaffneter Russischer Schooner; am 9. November sah man am Cap Verde 2 schwer armirte Russische Fregatten, die ohne Zweifel Cap Horn passirt haben; in einem Oesterreichischen Hafen des Adriatischen Meeres lägen drei Russische Fregatten, Griechische Aufstände schürend (hört!); und alle diese Russischen Schiffe seien unbeobachtet und könnten jeden Augenblick Britische Kauffahrer anfallen (hört, hört!), denn der Kaiser von Rußland habe ein vollkommenes Recht, die Haltung Englands als eine feindselige zu betrachten, wenn er wolle, und entsprechende Befehle zu geben. Lasse man die erwähnten 12 Russen aus dem Kattegat heraus, so würden kaum 36 Englische hinreichen, um den Britischen Handel gegen sie zu decken. Sofortiges Handeln thue daher noth; aber er hoffe, dies werde nicht in einer Weisung an jedes im Lauf der nächsten 4 Wochen auszusendende Schiff bestehen, daß es jeden Russen, der ihm auf offener See begegnen mag, auffordern soll, in einen Russischen Hafen heimzukehren; kein Augenblick dürfe verloren werden, um zu handeln und dem Czaren, wie das Völkerrecht verlangt, den Frieden zu kündigen. Er frage nun, ob die Regierung Anstalten getroffen hat, um das Auslaufen der 12 Russischen Kriegsschiffe aus der Ostsee zu verhindern?

Der Premier-Minister Lord Aberdeen glaubt, sein edler Freund, der an die Oberleitung großer Kriegsoperationen gewöhnt sei, könne unmöglich eine öffentliche Auskunft erwarten, da dieselbe doch nur Rußland von Nutzen sein könnte. (Hört, hört!) Hoffentlich werde ihm die Versicherung genügen, daß die erwähnten Russischen Kriegsschiffe nicht unbeobachtet sind. (Hört, hört!)

Lord Ellenborough hat die beste Meinung von den Befähigungen des Cabinets in finanzieller und national-ökonomischer Hinsicht, aber er kann ihm nicht die Wachsamkeit und Thätigkeit zutrauen, die ein Ministerium des Krieges auszeichnen sollten. (Hört, hört!) Den Beweis liefere der Umstand, daß die Land- und Seemacht, mit der die Regierung den Krieg beginnen wolle, ganz unzulänglich erscheine; ihr Effectivstand sei ja nicht viel größer als im Frieden (hört, hört!), so daß man auf die Idee kommen muß, die Regierung täusche sich und das Land mit dem Wahn, daß ein Krieg wie der bevorstehende nur ein kleiner Krieg sei. (Hört, hört!)

Der Marquis of Lansdowne vertheidigt die Regierung wider eine solche Zumuthung; die colossalen Rüstungen an allen Ecken und Enden des Reiches bewiesen, daß sich die Regierung keine Täuschungen mache. (Hört, hört!)

Lord Ellenborough: Nur Ein Wort. Die großartige Flotte, die jetzt ausgerüstet wird, besteht aus 18 Kriegsschiffen, und davon sind nur 7 je in See gewesen; die Mannschaften sind ungeübt. Soll ich es Voraussicht oder Umsicht nennen, daß die Regierung im Januar, anstatt im November, zu rüsten begann? (Hört, hört!)

Der Earl of Wicklow kann nicht begreifen, wo der vorige Redner nach 40 Friedensjahren eine kriegsgeübte Mannschaft hernehmen will (hört!) — und damit lassen die Lords das Thema fallen.

Der Lord-Kanzler beantragt eine Bill zur Vereinfachung des „Common Law".

Lord Campbell giebt der Bill im Allgemeinen seinen Beifall; desgleichen Lord Brougham, der die meisten der erwähnten Aenderungen voriges Jahr selbst empfohlen hat. Sofort findet die erste Lesung statt, mit dem Einverständniß, daß die Bill nach der zweiten Lesung einem Sonder-Ausschuß überwiesen werden soll.

Unterhaus-Sitzung vom 27. Febr. Auf eine Anfrage Sir W. Clay's erklärt Lord J. Russell, daß im November mehrere Kaufleute in Hull die Regierung ersuchten, Lord Stratford zu instruiren, für gewisse Russische, auf Rechnung Britischer Kaufleute mit Korn für England befrachtete Schiffe im Schwarzen Meer ein sicheres Geleit vom Sultan zu erbitten. Dies geschah, und jene Russischen Kauffahrer passirten den Bosporus und die Dardanellen. Im December wiederholte sich derselbe Fall mit gleichem Erfolge. Später, im Februar, kam das Gesuch, daß Britische Kreuzer im Mittelmeer Befehl erhalten sollten, für den Fall des Krieges jene Fahrzeuge zu respectiren. Lord Clarendon verlangte die Namen derselben und erhielt eine Liste von vier Schiffen eingesandt, welche vom Sultan die Erlaubniß erhalten haben, den Bosporus und die Dardanellen zu passiren; was diese Schiffe betrifft, hat das auswärtige Amt dafür gesorgt, daß sie auch nach erfolgtem Kriegsausbruch von Britischen Kreuzern geschont werden. Der Französischen Regierung kann die Britische keine Verhaltungs-Maaßregeln vorschreiben; sie wird jedoch ihre „bons offices" anwenden, um von Frankreich denselben Schutz für jene Schiffe zu erbitten. Eine allgemeine Regel lasse sich nicht aufstellen, und Diejenigen, die bei der Angelegenheit interessirt sind, würden am besten thun, sich mit einer schriftlichen Anfrage an's auswärtige Amt zu wenden.

Mr. Gibson wünscht zu wissen, ob über die Rechte neutraler Staaten eine Entscheidung getroffen worden sei. Vorzugsweise wichtig sei die Frage, ob freie Schiffe freie Ladung hätten, und ob die neutrale Flagge auch die Ladung neutral mache. Die Frage beziehe sich natürlich nicht auf Schießbedarf und Kriegscontrebande.

Lord John Russell erwiedert, die Regierung sei noch mit Erwägung der Frage beschäftigt, werde aber nach dem Erlaß einer Kriegs-Erklärung ihre Grundsätze in der Behandlung neutraler Flaggen bekannt machen.

Sir H. Willoughby bringt wieder die Schlacht bei Sinope zur Sprache und stellt an das Ministerium die Frage, warum jene beklagenswerthe Katastrophe nicht verhindert worden sei? Der Redner citirt Lord Stratford's Schreiben vom 5. November an Lord Clarendon, welches den klaren Beweis liefere, daß England allein die Türken abhielt, ihre Flotte von 4 Linienschiffen und 10 Fregatten — manche so schwer wie Britische Linienschiffe von 74 Kanonen — ins Schwarze Meer zu senden. Es leide keinen Zweifel, daß diese Flotte, wenn sie bei Sinope vor Anker gelegen hätte, der Katastrophe vorgebeugt haben würde.

Sir J. Graham erkennt das Recht des ehrenwerthen Baronets zur Interpellation gerne an, will ihm aber doch bemerklich machen, daß sie bereits eine vollständig erschöpfende und offene Antwort erhalten habe.

Auf eine Anfrage von Mr. Buck erwiedert Sir J. Graham, daß sich nur ein Englisches Kauffahrteischiff bei Sinope befand; es sei vor dem Angriff angekommen, und die Mannschaft sei in die furchtbarste Lage gerathen, indem sie einerseits vom grausamsten Feuer der Russen und am Ufer von der Rohheit der Türkischen Bevölkerung zu leiden hatte.

Auf eine Erkundigung von Sir de Lacy Ewans endlich antwortet Sir James, daß nach dem letzten Bericht des Admirals Dundas eine Anzahl Dampfer von der vereinigten Flotte im Schwarzen Meer gewesen, mehr denn einmal Varna passirt habe und um Sebastopol wie die Circassische Küste gekreuzt sei. In einem Hafen hätten 3 Russische Kriegsschiffe gelegen, sonst aber sei im ganzen Schwarzen Meer kein einziges Russisches Kriegssegel zu sehen gewesen.

Admiral Walcott kann nur bedauern, daß die Englische Flotte nicht gleich bei Besetzung der Donau-Fürstenthümer im Schwarzen Meere erschienen sei. Der erste Lord der Admiralität habe unlängst erwähnt, daß Admiral Dundas bei einer Gelegenheit sich von seinem Französischen Collegen abhalten ließ, in See zu gehen; auch dies könne er nur beklagen; er an Dundas' Stelle wäre allein gegangen. (Beifall.) Was den Russischen Admiral betreffe, so habe derselbe nur seine Pflicht gethan, indem er die Türken angriff; Duell-Rücksichten fänden im Kriege nicht statt, und keine Delicatesse könne ein Linienschiff abhalten, auf eine Fregatte zu feuern.

Nach einigen Bemerkungen von Mr. Drummond, der den Admiral Dundas in Schutz nimmt, von Lord Dudley Stuart u. A. — die über die Affaire von Sinope und die Saumseligkeit Englands sich beinahe gleichlautend ausdrücken — bedauert Mr. Sandars, das ehrenwerthe Mitglied für den West-Riding von Yorkshire nicht auf seinem Platze zu sehen, da er ihm eine Antwort auf seine talentvollen, aber durch ihre Wirkung auf das Ausland unheilvollen, höchst gefährlichen Expectorationen schuldig sei. Er könne Herrn Cobden sagen, daß seine Wähler im West-Riding in der orientalischen Frage sich von ihm sehr schlecht vertreten glauben, indem sie noch Sinn genug für die Ehre und die Interessen der Nation haben, um ganz anders als Hr. Cobden zu denken.

Mr. Murrough äußert sich à la Urquhart über die Regierung, und warnt sie vor dem steigenden Mißtrauen der Nation, die auf den Gedanken komme, die Rüstungen hätten nicht die Unterstützung, sondern die Theilung der Türkei zum Zweck.

Mr. Philipps meint, das Haus solle entweder der Regierung ein Mißtrauensvotum geben, oder sie nicht durch nutzlose Aufwärmung oft gehörter Beschuldigungen aufhalten. Derselben Meinung ist natürlich Lord J. Russell, der die Hoffnung ausspricht, daß diese Discussion einmal ihr Ende erreicht hat, und die ehrenwerthen Mitglieder bittet, sich als Bewilligungs-Comité zu constituiren. Die Marine-Voranschläge veranlassen dann einige Discussion über Detail- und technische Fragen, aber jeder einzelne Posten geht ohne Abstimmung durch. Mr. Monsell beantragt darauf die Feldzeug-Amt-Voranschläge, — die eine Erhöhung des Effectivstandes von 17,598 auf 19,266 Mann betragen und die Ausgabe um 792,311 Lstr. vermehren. Sieben Posten dieses Voranschlages werden bewilligt; Fortsetzung nächsten Abend. Das Haus vertagt sich 10 Minuten vor 1 Uhr in der Nacht.

Italien.

Turin, 24. Februar. Der Abschluß eines Vertrages zwischen der Königl. Regierung und Herrn Brett wegen Anlegung eines unterseeischen Telegraphen von Spezia bis zum Cap Tonleda ist erfolgt.

?? [Von Pius IX.] Bekanntlich hatte man in der Zeit, als Pius IX. noch populär in der liberalen Welt war, das Gerücht verbreitet, er habe in seiner Jugend in der Französischen Armee gedient. Der „Europien" (ehemals „Presse réligieuse") hat folgendes Schreiben aus Rom vom 15. Febr. erhalten:

„Ich habe die Ehre gehabt, von Sr. Heiligkeit empfangen zu werden, und da der Papst geruhte, mit mir von seiner Bewunderung für die Französische Armee zu sprechen, erlaubte ich mir, einen Theil dieser Gefühle seinen Jugend-Sympathieen zuzuschreiben, denn ich glaubte, daß Se. Heiligkeit in Frankreich gedient habe. Ich bemerkte daher, Frankreich werde nie vergessen, daß der junge Graf Mastai Ferretti einst unter seinen Fahnen gekämpft habe, und unsere Soldaten erblickten mit Stolz einen Waffenbruder in seiner erlauchten Person. Diese Worte überraschten den Papst außerordentlich, der mir sagte: „Ich verstehe Sie nicht, ich habe niemals gedient, ich war niemals Soldat." — Aber, heiliger Vater, man glaubt allgemein, daß Ihre Heiligkeit glorreich den Degen getragen hätten, bevor Sie noch glorreicher die dreifache Krone trugen. — „Das ist ein Irrthum, und ich autorisire Sie, dieses Gerücht zu dementiren," bemerkte der Papst u. s. w.

Bergé de Mazères."

Neapel, 18. Februar. Heftiges Erdbeben in Consenza am 12. d.; viele Häuser sind eingestürzt und einige Menschenleben gingen verloren. Dies Erdbeben scheint mit dem schon gemeldeten in Perugia zu correspondiren.

Spanien.

* [Die Folgen des Aufstandes in Saragossa. Die Regierungs-Maaßregeln.] Die neuesten Nachrichten aus Spanien, die wir in Französischen Blättern finden — sie tragen kein Datum, scheinen aber vom 24. v. M. zu sein — stimmen darin überein, daß die Regierung für den Augenblick Herrin der Situation ist, und daß die Bewegung, welche von Saragossa aus das Land zu überziehen gedachte, für jetzt unterdrückt ist. Verhaftungen, die sie in Masse vornehmen läßt, sollen die Sicherheit, die ihr der Belagerungszustand giebt, vermehren. Nach der Armee ist es besonders die in diesem Lande allerdings vielfach zügellose und in den Parteimanövern sichtlich erstarkte Presse, die mit den Gefängnissen Bekanntschaft machen muß. Die Redacteurs des „Diario Espanol", des „Tribuno", der „Novedades" sind theils in Madrid festgesetzt, theils nach Cadix gebracht. Man erwartete überhaupt die baldige Veröffentlichung von Repressions-Maaßregeln gegen die Presse, die dem Regiment des absoluten Schweigens unterworfen werden wird. Unter den verhafteten Personen nennt man auch die Congreß-Mitglieder Gonzales Bravo, Alexander Castro und den General Manzano. Auch gegen die Senatoren Rivs-Rosas und General Serrano sind Verhaftsbefehle erlassen worden. Die Madrider Zeitung, das Organ der Regierung, zeigt ebenfalls eine zuversichtliche Haltung. „Die Regierung," sagt sie, „darf heut die bestimmte Nachricht von der gänzlichen Zersprengung der Flüchtlinge von Saragossa, denen Colonnen nachgesandt sind, erwarten." Den Civil-Autoritäten von Saragossa sind übrigens Belohnungen zuertheilt, und auch die treu gebliebenen Truppen sind beschenkt. — Die Regierung wird die Gelegenheit zur Ausführung einer „Verfassungs-Reform" benuzzen. Am 25. Februar sollen, wie man dem „Journal des Débats" schreibt, die betreffenden Decrete in der Madrider Zeitung veröffentlicht werden. Folgendes sind die im Ministerrath allem Anschein nach definitiv beschlossenen Grundbestimmungen: Die beiden gegenwärtig bestehenden Kammern werden aufgelöst; es werden constituirende Cortes einberufen, die sich am 1. Mai zu Madrid versammeln; die Regierung wird ihnen das Project einer neuen Verfassung vorlegen, deren Hauptbestandtheile die folgenden sind: Zwei deliberirende Versammlungen, ein Senat und ein Congreß; der Senat nach den Bestimmungen der Verfassung von 1837 organisirt. Die Candidaten werden von den Provinzen vorgeschlagen und zwar in einer dreimal so großen Anzahl, als die der zu ernennenden Senatoren beträgt, und die Krone trifft unter ihnen die Wahl; der Senat wird bei jedesmaliger Auflösung des Congresses zum Drittel erneuert. Die Wahl der Congreß-Mitglieder und Senats-Candidaten findet indirect mittelst zweier Abstufungen statt. Die Krone ernennt die Präsidenten und Vice-Präsidenten der beiden Kammern. Viele Kategorieen von Staatsbeamten werden aus dem Senat und aus dem Congreß ausgeschlossen sein; die Magistrats- und alle vom Justizministerium abhängenden Personen sollen weder Senatoren noch Deputirte werden, und Verwaltungs-Beamte nur dann zu Deputirten gewählt werden können, wenn sie wenigstens 30,000 Realen (7500 Fr.) Gehalt haben. Die Zahl der Congreß-Deputirten wird sehr beschränkt sein. Im Allgemeinen hat man sich zum Ziel gemacht, die Königliche Gewalt auf Kosten der gesetzgebenden zu verstärken.

[Die Lage Spaniens] wird in den Französischen Blättern von der Spanischen Grenze als eine ganz trostlose geschildert. In Madrid herrscht eine wahre Hungersnoth. Man giebt Brodzettel aus, aber das hilft dem Elend nicht ab. Das ganze Douanier-Corps soll umgeschaffen werden, weil es möglich wurde, große Massen von Waffen einzuschmuggeln.

Schweden.

** **Stockholm**, 24. Febr. [Gerüchte. Telegraph. Matrosen.] Das Gerücht, Se. Maj. der König habe Ordre gegeben, fünf Regimenter nach der Insel Gotland überzusetzen, bedarf noch der Bestätigung. Glaublicher ist die Nachricht, daß mehrere tausend Mann Norwegischer Truppen in der Schwedischen Provinz Gothland concentrirt werden sollen. Der elektro-magnetische Telegraph zwischen Stockholm und Göthaborg und von dort durch Schonen nach Dänemark wird im Herbst vollendet werden und dann die Zweig-Anlage nach Norwegen über Udevalla erfolgen. In Norwegen ist der Mangel an Matrosen für Kauffahrer sehr fühlbar, da diese massenweis für die Flotte requirirt wurden.

Türkei.

Scutari (in Albanien), 19. Februar. [Truppen-Aushebung gewünscht.] Von dem Pascha von Janina ist an den hiesigen Derva Aga der Befehl ergangen, daß derselbe die zuverlässigsten und tapfersten Bewohner von hier zum Militair aushebe und sie unter verläßlicher Escorte nach Argyro Kastro sende, von wo sie dann weiter gegen die Donau instradirt werden, um die Abgänge der Türkischen Armee zu ersetzen, welche gegen die aufständischen Griechen zu kämpfen bestimmt ist. Der Derva Aga Hassan Ochlu hat bereits die Einleitung getroffen, daß die waffenfähige Mannschaft von hier am 25. auf dem Marktplatz zusammentrete, damit er aus derselben zum Kriegsdienst an der Donau wo möglich 200 Mann aushebe. Der größte Theil der hiesigen streitbaren Jugend hat sich indeß bereits geflüchtet. — So schreibt die „Ostdeutsche Post".

Diplomatischer und militairischer Kriegsschauplatz.

Es giebt Spötter, welche meinen, daß Oesterreich um deßwillen gegen Rußland auftrete, weil Rothschild dies wünsche. Wir theilen diese Meinung nicht. Möglich, daß die finanziellen Zustände des Kaiserstaates dies oder jenes zu wünschen übrig lassen: wir wissen, daß auf Oesterreichs Kaiserthrone ein einsichtiger, thatkräftiger Monarch sitzt, der seine Regierungshandlungen durch bessere Motive bestimmen läßt. — Es giebt Mißtrauische, welche die Besorgniß aussprechen, als wäre die Hinneigung Oesterreichs zu den „Westmächten" nur zum Schein, um Preußen dadurch irre zu leiten und schließlich zu compromittiren, und diese Besorgniß wird dadurch unterstützt, daß die Oesterreich ergebene Deutsche Presse seit einiger Zeit in befremdlicher Weise von dem „veralteten Institute des Bundestages" und einer Regeneration Deutschlands spricht und Preußen für die Restauration der bestehenden Zustände verantwortlich macht. Wir theilen diese Besorgniß nicht. Wahrscheinlich, daß es in Oesterreich noch Leute giebt, welche kurzsichtig genug sind, eine Stärkung Oesterreichs in der Schwächung Preußens zu suchen; möglich, daß man hier und dort daran denkt, sich mit Hülfe von rechts oder links in Deutschland zu arrondiren: die beiden Cabinete werden nach so vielen bittern Erfahrungen schwerlich daran denken, Deutschlands Heil noch einmal in ihrer Entzweiung zu suchen. — Für alle Fälle aber wird Preußen wohl daran thun, sich weder durch Ernst noch durch Scherz aus seiner vortheilhaften Stellung heraus manövriren zu lassen. Mögen schließlich Andere thun, was sie nicht lassen können: Preußen hat nur einen Weg, auf den es früher oder später einlenken muß.

Paris, 2. März. (Tel. C.-B.) Der Kaiser Louis Napoleon eröffnete heute die Sitzung der Kammer und des Senats in Person und erwähnte in seiner Rede zuerst der Unzulänglichkeit der Ernte, doch sei jetzt die Gefahr vorüber. — In der orientalischen Angelegenheit sagte er: „Um den Kampf zu vermeiden, habe er, so weit die Ehre es ihm erlaubte, nachgegeben. Wenn Frankreich jetzt das Schwert ziehe, so geschehe es nicht in der Absicht, seine Grenzen zu erweitern, sondern um dem Rechte und der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Die Zeit der Eroberungen sei vorüber. Diese Politik führte zu einer Einigung Frankreichs und Englands; Deutschland, das durch die Erinnerung an die alten Kriege mißtrauisch war und seit 40 Jahren vielleicht zu oft Proben von Nachgiebigkeit (déference) gegen die Russische Politik gegeben, habe seine Unabhängigkeit wieder erlangt. Oesterreich insbesondere, das kein gleichgültiger Zuschauer bei den sich jetzt vorbereitenden Ereignissen bleiben könne, werde sich dem Bündnisse Englands und Frankreichs anschließen und dadurch die moralische Bedeutung und die Gerechtigkeit des unternommenen Krieges bestätigen." (Einiger Unklarheiten wegen ist zunächst der Wortlaut dieser Rede Louis Napoleon's abzuwarten. D. Red.)

— [Kriegsschauplatz an der Donau.] Der „Soldatenfreund" berichtet: „Als die neueste Verfügung, welche der Ober-Commandant der Russischen Donau-Armee getroffen, wird die engere Concentrirung der Russischen Streitkräfte bei Frateschti, Kallarasch, Giurgevo und Budeschti bezeichnet. Das Cernirungs-Corps in der kleinen Walachei und das 5. verstärkte Infanterie-Corps des General Lüders operiren bekanntlich selbstständig. Was zunächst den General en chef des Ingenieur-Corps v. Schilder veranlaßt haben mag, diese militairische Aufstellung zu treffen, ist zwar noch unbekannt; da sich jedoch in jedem der bezeichneten Divisions-Hauptquartiere die Park- und Train-Brigaden befinden, so erscheint dieselbe als die erste Maaßregel zur Ergreifung der Offensive, natürlich beim Eintreten einer günstigen Witterung. Es ist selbstverständlich, daß die Brückenköpfe und Donau-Furthen am Ufer der großen Walachei von den Russen verstärkt besetzt, seit drei Wochen auch mit Kanonen von schwerem Kaliber armirt sind.

— Die Pforte hat sich jetzt entschlossen, Französische und Englische Offiziere in deren National-Uniform und ihrer gewöhnlichen Kopfbedeckung in Dienst zu nehmen. Sie hat bereits dem Französischen Dragoner-Capitain Georg Mercier das Commando eines Cavallerie-Regiments und einem Englischen Namens O'Reilly das zweier Schwadronen ertheilt, und Beide befinden sich bereits bei Kalafat. Der „Caradoc" hat mehrere Offiziere nach Konstantinopel gebracht, die eine ähnliche Bestimmung haben, u. A. auch einen in Frankreich naturalisirten Polen, den Grafen Kongielski, der die Uniform des Generalstabes der Pariser Nationalgarde trägt. Der Commandant Magnan soll mit dem Rang und Titel eines Paschas nach Asien gehen, um an die Spitze des Generalstabes zu treten.

— Die „Times" meldet aus Konstantinopel vom 17. Febr.: „Der Französische und Englische Gesandte haben zur Unterstützung des Islam gegen die Griechischen Christen zwei Dampfer beordert, und wahrscheinlich werden die Meerbusen von Contessa und Salonica nebst der Küste von Albanien in Belagerungszustand versetzt werden. Der Britische Gesandte in Athen hat der Griechischen Regierung zu wissen gethan, daß England, wenn es nöthig sein sollte, interveniren werde, um die Herrschaft des Sultans über die Christen zu sichern.

— Der Fürst Demidoff (getrennter Gemahl der Prinzessin Mathilde, der Cousine Louis Napoleon's) hat dem Kaiser von Rußland seine Revenüen für die Dauer des Krieges zur Verfügung gestellt. (Pikant genug!) Ein anderer Russischer Großer hat 21 Millionen geschenkt, wieder ein anderer sich zur Ausrüstung eines Regimentes erboten. Diese Details finden sich in einem Briefe aus Petersburg, worin der Enthusiasmus unbeschreiblich genannt wird.

— Man schreibt aus Malta vom 24., daß mehrere Kriegsschiffe Befehl erhalten haben, sich nach dem Piräus zu begeben, wahrscheinlich um die Türkei in ihrem Kampf gegen die Griechischen Christen zu unterstützen.

≙ **Von der unteren Donau**, 28. Februar. [Der Journalist Omer Pascha. Die Serben und Englischen Kümmel-Türken. Gerüchte.] Omer Pascha ist unter die Journalisten gegangen. Viele Zeitungsleser werden vielleicht den vom Französischen „Moniteur" in der Nummer vom 23. d. M. abgedruckten Original-Bericht des Türkischen Ober-Feldherrn über die Schlacht bei Cetate für acht halten. Dem ist aber nicht so. Muschir Omer ist sehr schreibselig; er hat in den Jahren 1850—52 aus Bosnien und Albanien an seine im Sommer gewöhnlich bei ihren Anverwandten in Wien weilende Schwägerin, Simonis, neben der Bestellung verschiedener Toiletten-Gegenstände auch über kriegerische Ereignisse umfassende Berichte eingesendet. Ein Wiener Tandler, gleichfalls Schwager der Simonis, ist im Besitze mehrerer von diesen Briefen; und da in einem derselben früher die Eroberung von Montenegro binnen 8 Tagen angesagt war, was bekanntlich in das Register der nicht erfüllten Wünsche Omer's gehört, so glaubt er jetzt zuversichtlich: der Türkische Feldherr habe Montenegro wirklich erobert. Der gute Tandler hat aus seinem Trödelkram die beiden Briefe hervorgesucht und will sie als historische Documente an den Pariser „Moniteur" senden. Auch der oben erwähnte Schlachtbericht dürfte an die durch ihre Schicksals-Tragödie bekannte Simonis, eine geborne Baierin, gerichtet gewesen sein; sie hält sich wenigstens seit ihrer Abreise aus London in Paris bei einer Dame Namens Tolly auf, welche noch vor einigen Monaten Pächterin der Restauration im adeligen Cassino in Wien war, und gemeinschaftlich mit dem oben erwähnten Tandler zu Omer Pascha in Geschäfts-Verbindung gestanden. — In militairischen Kreisen hat die in athemlosem Style gehaltene Notiz eines Wiener Correspondenten für ein großes westdeutsches Blatt (Kölnische) wegen der angeblich erfolgten Pensionirung des K. K. Oberstlieutenants Babarczy, welchen dieser Correspondent als den Verfasser der „Bekenntnisse eines Soldaten im Kreuzzeitungs-Style" bezeichnet, sehr unangenehm berührt. Jener allgemein geschätzte Stabsoffizier ist schon seit vier Jahren kränklich; vor zwei Jahren beklagte er den Tod seiner Gattin, die ihm zwei Kinder hinterließ, und im vorigen Jahre suchte er seine zerrüttete Gesundheit durch eine längere Badekur wieder zu erlangen, was ihm aber leider nicht gelang. Um Pensionirung hat er selbst angesucht, und Se. Majestät der Kaiser geruhten anzubefehlen: die Super-Arbitrirungs-Commission habe über dieses Gesuch Höchstseines treuen Dieners den Bericht zu erstatten. — Die Serbischen Studenten in Belgrad geben nun auch ein kleines Lebenszeichen von sich. Vor einigen Tagen schlenderten sie in den Gassen jener Türkischen Festung und sangen neben obligatem Pereat auf Türken und Kümmeltürken (so werden in Serbien die Engländer genannt!) das bekannte Lied „Sieg und Ruhm den Russischen Waffen" ꝛc. Auf Veranlassung des Izzet Pascha wurden die Anführer sofort verhaftet, und das Fürstlich Serbische Lyceum soll geschlossen werden. — Auf dem Kriegsschauplatze herrscht noch meist tiefe Waffenruhe. Das Gerücht von einem blutigen Zusammenstoße zweier Russischen Streifcorps vor Kalafat, die sich angeblich für Feinde hielten und gegenseitig aufrieben, ist natürlich eine müßige Ausgeburt des bekannten Entenhofes.

Ferner erhalten wir folgende Correspondenzen:

†† **Wien**, 1. März. [Zur Stellung Oesterreichs.] Obgleich inzwischen die officiellen und officiösen Blätter fast aller Länder den Beitritt Oesterreichs zu der zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Convention wie eine abgemachte Sache besprochen haben, so ist doch noch immer das allein richtig, was ich Ihnen unterm 25. v. Mts. über die betreffenden Intentionen Oesterreichs mittheilte. Es liegt in der Natur der beliebten Nützlichkeits-Politik, daß, wenn einer Regierung eine unumgängliche Alternative vorliegt, sie nach beiden Seiten hin so unterhandelt, daß sie sich auf jede stellen kann. Ich will damit keineswegs sagen, als handle Oesterreich Rußland und den Westmächten gegenüber in solcher Weise; aber das weiß ich, daß, wenn auch, wie sonst versichert wird, Oesterreich den Westmächten gegenüber erklärt hat, es billige im Ganzen ihre Convention, und man glaube ihr beitreten zu können, wenn einige Modificationen zugelassen werden, diese Erklärung doch Niemanden zu der Annahme berechtigt, als sei Oesterreich nunmehr zum Anschluß an die Westmächte verpflichtet. Der Schwerpunkt der Unterhandlungen Oesterreichs liegt auch heute noch in Berlin: nicht anders als Hand in Hand mit Preußen will

---

Man sieht es ihnen an, daß trotz aller Winter-Vergnügungen, Bälle, thés dansants ꝛc. ihnen ein solcher Tag lieber ist, als alle künstlichen Genüsse. Bald ladet Herr Frühling seine Gäste ein. Wie wir hören, werden bereits die Einladungskarten geschrieben. Die Bäume treiben schon Knospen und bald sind auch die Blätter da. Einstweilen fehlt's an Blumen im Revier. „Sie nimmt geputzte Menschen dafür."

△ Die Spener'sche Ztg. schreibt, daß „unser Zeitalter einmal rechts und links in tendenziöser Politik ganz untergegangen ist." Und die politische Hüterin der Thür, die weder auf noch zu ist, fügt hinzu: „Mögen es die Urheber dieser ungesunden Anschauung nun auch hinnehmen, daß man ihren Hort der conservativen Interessen jetzt für den Erz-Revolutionär der Welt erklärt." Nach dieser Central-Logik wären also die, welche „rechts" sind, dennoch „die Urheber der ungesunden Anschauung" derer, welche „links" sind. Wir können in Betreff dieses Logikers nur mit Hamlet sagen: „Laßt die Thür hinter ihm abschließen, damit er den Politicus nirgends anders spielt, als in seinem Hause."

— n Ein Berliner Correspondent der „Deutschen Volkshalle" läßt sich über unsere gegenwärtigen Zustände also vernehmen:

„Eine Allianz mit Frankreich und England sieht man in dem Lichte an, daß dann die liberalen Ideen und Institutionen hier zur vollen Geltung und Befestigung kommen, während ein Hinneigen zu Rußland die entgegengesetzte Richtung befördern möchte. Das ist der Kern der Agitation für ein Ministerium aus den Reihen des Preußischen Wochenblattes, welches natürlich sehr bald wie eine ausgedrückte Citrone fortgeworfen würde, um einem Ministerium der Linken Platz zu machen. Und was dann weiter?" —

Was will man aber, erlauben wir uns zu fragen, aus den Amateurs noch ausdrücken? Sie haben sich im Preußischen Wochenblatte selbst schon viel zu stark ausgedrückt, als daß dies Geschäft noch von den Ereignissen der Zukunft zu erwarten wäre.

— !! „Ha, welche Lust, Soldat zu sein!" Und die Lust für die Soldaten von der Feder, die so viel — Dinte vergießen, sie wird noch lustiger, wenn aus dem feindlichen Lager so pudelnärrische Manifeste einlaufen, wie z. B. ein Brief mit dem Poststempel Elberfeld und unterzeichnet „N. N.", was bekanntlich die stehende Unterschrift aller Derjenigen ist, die den Muth ihrer Meinung haben würden, wenn sie ihn hätten. Dieser lustige Brief aus Elberfeld lautet wörtlich also:

„An den Redacteur der Neuen Preußischen Zeitung in Berlin: Gemeine Seele! Fußtritte gebühren Ihnen bei Ihrem Caviar-Dejeuner. Elender! dessen Feder erkauft ist, um sein Vaterland zu verrathen. Dünkelhafter Pinsel, der da glaubt, mit seinen Schreibereien etwas ausrichten zu können! Die Stunde der Vergeltung kommt doch, und dem doppelköpfigen Adler werden mit seinen Millionen Soldaten die Federn nicht schlecht ausgerupft werden. — Sie mit Ihrem saubern Personal werden sich auch wohl noch einreihen lassen, alles muß an seinem Orte sein, es geht ja für den Russischen Glauben, und werden die Donau-Fürstenthümer dann um so weniger aus den Klauen des Raubvogels befreit werden können!! Oh Dünkel! O Einfalt! Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht, und Hochmuth kommt vor dem Fall. Ein altes Sprüchwort, was sich mehr wie bewahrheiten wird. Einer Ihrer früheren Leser, der Sie jetzt verachtet, es muß weit gekommen sein, wenn man glaubt, durch Schimpfen triumphiren zu können, und Sie schon nöthig haben, dazu überzugehen. N. N."

Der Schlußpassus ist sehr überzeugend, und nach dem Style zu urtheilen, dürfte der verehrliche Verfasser ein Affiliirter des Preußischen Wochenblattes sein.

— Patriotische Blumenlese aus liberalen Zeitungen. Die Kölnische Zeitung beginnt, vorläufig durch die dritte Hand, die Unzweideutigkeit, Gradheit und Offenheit der Französischen Politik und ihres Kundgebers, des „Moniteurs", zu preisen. Sie unterschreibt diese Lobsprüche allerdings nicht ganz unbedingt, eine Beschränkung, die sich nicht gut vermeiden ließ, da sie zur Zeit, als sie den jetzigen Kaiser der Franzosen für den Hort der conservativen Sache hielt, weniger günstig über seine Politik urtheilte. Indessen schickt sie doch die franzosenfreundlichen Ansichten ihres „geehrten Correspondenten", unter Empfehlung seines richtigen Urtheils, einstweilen in die Welt, und ergeht sich sodann auf eigene Hand, vollkommen ungenirt durch ihre Vergangenheit, desto unbefangener in Declamationen über die Treulosigkeit und Eroberungssucht des Kaisers von Rußland. Da nun Niemand läugnen kann, daß Frankreich seit Jahrhunderten durch Treue und Uneigennützigkeit zum Sprüchwort geworden ist, und daß andererseits das Leben des Kaisers Nikolaus von ähnlichen Untugenden nicht die geringsten Beweise giebt, so setzt die westmächtlich-liberale Zeitungspolitik, indem sie Freundschaft für Frankreich und Feindschaft gegen Rußland predigt, einen wahren Köhlerglauben an die gänzliche Verwandlung, resp. Vertauschung zweier Naturen voraus. Und das aufgeklärte Publicum läßt sich diese beiden Wechselbälge, ein biederes redliches Frankreich mit einem nie lügenden „Moniteur" und einen kniffigen hinterlistigen Kaiser Nikolaus, richtig unterschieben. †

— V Der Fastnachts-Dienstag hat hier wieder Berge von Pfannenkuchen aufgeräumt. Schon um sieben Uhr Abends erhielt man in den Conditoreien, wenn man noch einen Pfannkuchen verlangte, die Antwort: „Ja Kuchen, aber nicht Pfannenkuchen!" Sie waren der gesuchteste Artikel an der Börse und in häuslichen Kreisen.

— V Berlin summen die Ohren vor all den musikalischen Genüssen, die ihm geboten werden. Die Akademie singt, der Domchor singt, Frau v. Bock (Schröder-Devrient) und Jenny Lind haben gesungen. Fräulein Clauß spielt Klavier. Gebrüder Wieniawski Klavier und Violine. Vieurtemps wird spielen. Der Stern'sche Gesangverein singt und selbst die Börse — sinkt.

— z Vorgestern wurden hier zwei berüchtigte Diebe verhaftet, welche auf der Eisenbahn eine „Vergnügungsreise" machen wollten. Bei Beiden fand man eine bedeutende Geldsumme und darunter eine mit einem Dintenfleck beschmutzte Banknote über 25 Thlr. Dieser Umstand führte zur Entdeckung der Thäter eines gewaltsamen Diebstahls, der vor längerer Zeit hier verübt worden war.

— f Von den Mitgliedern des Königlichen Theaters wird Frl. Johanna Wagner im Mai in Magdeburg und Ende Juni in Breslau, Hr. Hendrichs im Juni in Frankfurt a. M. gastiren. — Das schon vor zwei Jahren auf der Hofbühne zuerst gegebene Trauerspiel „Herzog Albrecht" von Melchior Meyr ist nun auch im Hoftheater zu München aufgeführt worden. Der Verfasser ist ein Bairisches Landeskind aus dem Ries.

— ss Im Kroll'schen Theater beginnt Klischnigg übermorgen seine Affenrollen in der Posse: „Der junge Engländer."

(Der wahre „einsame Stern".) Ein Gespräch in einer Londoner Kneipe. —

(Fortsetzung.)

Ben: Hört, John, Ihr werdet nachgerade altersschwach mit Euren abgestandenen, pharisäischen Notionen.

Jonathan: Hab's Euch ja schon vorher gesagt, John, daß Ihr altersschwach würdet. Und nun sagt es Euch Ben, der weise Ben, der Euch so schön gezeigt hat, was Euch Noth thut, um in Ruhe Eurem Vortheil nachgehen und Euer Mittagessen verdauen zu können.

John: Muß wahr sein, daß ich altersschwach geworden bin. Oft sind zwei Menschen in mir, ein altmodischer und ein neumodischer, und dann schämt sich immer der neumodische vor dem altmodischen; aber der altmodische kann doch gegen den neumodischen nicht aufkommen. Denn das muß ich freilich sagen, bequemer und vortheilhafter sind die neuen Principien, und Geld bringt Ehre, Recht u. s. w. nicht viel ein. Aber recht ruhig kann ich nicht sein bei dem neuen Wesen, und dem alten John schmeckte das Bier besser. Möchte doch auch meinen stattlichen Leichnam mit dem abgetriebenen knöchernen Leibe von Vetter Jonathan nicht vertauschen!

Ben: Halt, John! Dein stattlicher Leichnam, da sitzt es eben. Spaß und Redensarten bei Seite. Hättest Du Dich geplackt, Dich gewöhnt, Hunger, Frost und Hitze zu ertragen, wie die Leute auf dem Continent, dann könntest Du wählen. Aber Du hast Dich mit Schildkrötensuppe, Roastbeef und Pudding voll gestopft, und nun bleibt Dir nichts übrig, als all' den alten schönen Humbug abzuthun, und Nichts, gar Nichts vor Augen zu haben, als Deinen Profit. Sonst käme in Deinen alten Tagen an Dich die Reihe, Dich zu plagen, und das kannst Du nicht mehr. Das Wohlleben hat Deine Kraft verzehrt, John, wie der Rost das Eisen. (John stöhnt). — Aber sagt, Jonathan, worüber hattet Ihr Euch denn gezankt?

Jonathan: Ueber die Annexation von Canada.

Ben: Da faselte der Alte wohl von National-Ehre u. s. w.? Wie überflüssig, sich da noch zu ereifern! Ist ja eine ausgemachte Sache, John, daß wir Canada hergeben müssen, wenn die große Republik es verlangt. Und bedanken müssen wir uns noch dazu. Denn ich rechne schlecht, wenn ich die Kosten des Besitzes von Canada auf ½ Million anschlage. Wenn sie uns also Canada abnehmen, ist es gerade, als wenn sie uns 17 Millionen Consols abnähmen.

John: Mag sein.

Jonathan: Und dann that John schrecklich bös, als ich vom wahren einsamen Stern sprach, von der künftigen Krone des Orion im Sternenbanner.

Ben: Armer John! Glaubst Du wirklich noch, daß wir uns gegen die Annexation wehren können, wenn die große Republik sie verlangt? — Aber sie wird sie verlangen, sie wird sie bald verlangen. Sie kann nicht anders, um des Compromisses willen, und, um die Wahrheit zu sagen, weil sie unersättlicher ist, als Rom es war. Sie schnappt stets zwei Bissen auf einmal: thut sie einen Biß ins Knoblauch, d. i. verschlingt sie einen Sclavenstaat, flugs muß sie einen Happen Brod dazu essen, d. i. einen freien Staat. Nun muß Onkel Sam aber in den nächsten Jahren bei Weitem mehr Sclaven-Staaten annectiren, als er irgend freie Staaten in Amerika auftreiben kann, also muß er anfangen in Europa zu annectiren.

John: Mag sein.

Ben: Mag nicht sein: es ist so, bei Jupiter. Drei Canada-Staaten machen drei Cuba-Staaten wett. Nun kommen aber außerdem an neuen Sclavenstaaten hinzu mindestens 21 Mexicaner, Jamaika (Sclaverei wieder eingeführt), (John grunzt), Puerto Rico und Hayti, macht 24 Sclavenstaaten. Die Mexicanischen Staaten müssen aber alle Sclavenstaaten werden.

Jonathan: Na, wenigstens zwei Drittel. In Californien, Cinaloa, Sonora und etlichen andern mag es ohne Sclaven gehen: in den meisten aber gar nicht, absolut nicht.

Ben: John, nun seht Ihr, wie verständig und billig Jonathan ist. Also bleiben zunächst 17 Sclavenstaaten zu annectiren gegen 7 freie. Rechnet 4 Territorien ohne Sclaven dazu, die nächstens Staaten werden müssen, bleiben immer nur 11 gegen 17. Wie wollt Ihr 6 Staaten ohne Sclaven so schnell aus dem Nordwesten herausschnitzeln? zumal die Annexation nothwendig immer weiter nach Süden in die Sclavenregionen gehen wird. Also muß das alte Land herhalten. Klar gerechnet, John? — (John grunzt und stöhnt.) — Nun wohl, das alte Land wird vier Staaten hergeben (John fährt auf, läßt dann den Kopf sinken und stöhnt erbärmlich.) Wundert Ihr Euch, John? Vier, sage ich: denn daß Paddy und Saunders Deine Unterthanen werden bleiben wollen, wenn das Sternenbanner über ihnen flattert, wirst Du doch nicht glauben, Dickkopf? Und die Canal-Inseln bilden einen gar zu prächtigen Kern zum Ansatz des Continents, als daß man sie nicht constituiren sollte. Werden nun noch Neu-Braunschweig und Neu-Fundland selbstständige Staaten, so sind die fehlenden Sechs gerade herausgerechnet. Richtige Rechnung, John? (John stöhnt.)

Jonathan (nachzählend): Ganz richtig, Ben. Laßt die Kronen nicht zu lange im Wasser liegen.

Ben: Sind schon neue hinein.

(Schluß folgt.)

Oesterreich einen entscheidenden Schritt nach einer Seite hin thun. Dafür spricht auch das neuerliche Bestreben Oesterreichs, ein neues Protocoll der Wiener Conferenz zu erwirken, in welchem die frühern Beschlüsse der Conferenz als auch fernerhin verpflichtend erklärt werden sollen.

Nachschrift. Noch vernehme ich, daß die Oesterreichische Regierung die von England und Frankreich abgeschlossene Convention und die Modificationen, welche sie selber dazu beansprucht, an das Berliner Cabinet hat abgehen lassen, um sich mit demselben darüber in Uebereinstimmung zu setzen. (Wir hören, daß Depeschen dieses Inhalts von Wien hier in Berlin eingetroffen sein sollen. Ueber die zu erwartende Rückäußerung des hiesigen Cabinets verlautet jedoch noch nichts. Red. d. N. Pr. Z.)

ꝺ London, 28. Febr. [Die Aufforderung an Rußland. Ostsee-Absichten.] Die Aufforderung an Rußland, die Donau-Fürstenthümer zu räumen, die ich als den nächsten hiesigerseits zu erwartenden Schritt bezeichnete, als die Russische Anfrage wegen des Sinnes, in dem die Flotten im Schwarzen Meere erschienen seien, feindlich beantwortet worden war, ist gestern (wie schon telegraphisch gemeldet) von hier und gleichzeitig von Paris abgegangen. Die „Times" glaubt sich berechtigt, hinzuzufügen, daß, wenn die Couriere Berlin passiren, sich ihnen dort ein Oesterreichischer und ein Preußischer Courier anschließen werden mit Aufforderungen Oesterreichs und Preußens an Rußland in gleichem Sinne. (?) Der hiesigen Aufforderung ist die Bemerkung hinzugefügt, daß ihre Nichtbeantwortung innerhalb 6 Tage von England als Kriegserklärung angesehen würde. Als Termin der Räumung, wenn sich die Russische Regierung dazu versteht, ist, wie es heißt, auf Oesterreichs Ansinnen der 30. April angesetzt worden. Die Couriere werden Petersburg in 9 oder 10 Tagen, also zwischen dem 7. und 9. März, erreichen. Wenn die Russische Regierung, was das Wahrscheinlichste, umgehend und ablehnend antwortet, so würde die Kunde von der Gewißheit des Krieges, wie ich es schon vor vierzehn Tagen ausgerechnet, ungefähr am 18. oder 19. März hier in London eintreffen und Berlin auf telegraphischem Wege über Königsberg vielleicht schon am 14. März erreichen. Der äußerste Termin, wenn die Antwort der Russischen Regierung sich verzögert, würde der 24. März sein, ein Datum, an welchem die Englischen Expeditions-Truppen schon ihren Bestimmungsort erreicht haben dürften, so daß dem Befehle zur Eröffnung der Feindseligkeiten augenblicklich Genüge geschehen könnte. Wenn, wie jetzt mitgetheilt wird, das Ostsee-Geschwader Spithead schon in den nächsten Tagen verläßt, so wird sich dieses aller Wahrscheinlichkeit nach in jedem Falle schon in der Sundmündung befinden, wenn man den Befehl, die Ostsee-Kreuzfahrt zu eröffnen, an Sir Charles Napier zu richten Gelegenheit bekommen haben wird. Das Französische (sogenannte dritte) Geschwader, über dessen vollzogene Bildung der Französische Marineminister dem Kaiser in den letzten Tagen Bericht abgestattet hat, und von dem man hier annimmt, daß es bestimmt ist, mit dem Englischen Ostsee-Geschwader zusammen zu operiren, dürfte aber die Ostsee in der Mitte März kaum noch erreicht haben. Es wird angenommen, daß Sir Charles Napier, sobald nur das Aufgehn des Eises es erlaubt, in den Finnischen Meerbusen eindringen und dann diejenige Russische Flotten-Abtheilung angreifen wird, deren Ankerplatz zuerst eisfrei wird, und die somit eine Zeit lang isolirt ist. Die drei Abtheilungen der Russischen Ostsee-Flotte, deren jede zehn Linienschiffe enthält, liegen in Kronstadt, Helsingfors und Reval, und es ist die Rhede von Reval, die gewöhnlich eine Woche oder zwei vor denen von Kronstadt und Helsingfors aufthaut. Als auf die beste Station des Englischen Geschwaders im hohen Norden scheint man das Augenmerk auf die (Russischen) Alands-Inseln gerichtet zu haben, welche selbst die „Times" schon im Geiste an Schweden zurückgegeben sieht. — Ein anderer der Schläge, die zunächst gegen Rußland beabsichtigt werden, ist die Verfolgung und Einfangung der eilf Russischen Kriegsschiffe, die sich zur Zeit außerhalb des Sundes und des Bosporus befinden, und, wie auch schon verlautet hat, ein Angriff auf Kamtschatka und auf Ochotsk. Lord Ellenborough brachte den ersten Punkt gestern im Oberhause zur Sprache, doch augenscheinlich nur um sich wichtig zu machen, denn wenn einmal Krieg geführt wird, versteht er sich ja von selbst. Sachgemäßer waren die Interpellationen, die der Bewilligung des Flotten- und Ordonnanz-Etats im Unterhause vorhergingen, wegen der Russischen mit Getreide für England auf Englische Rechnung gefrachteten Schiffe, welche von der Türkischen Regierung noch die Erlaubniß zur Durchfahrt durch den Bosporus erhalten haben und, wie Lord J. Russell versicherte, jedenfalls von Englischen und, wenn die Fürsprache der Englischen bei der Französischen Regierung wirke, auch von Französischen Kriegsschiffen, obgleich das Völkerrecht nicht dazu nöthige, unbelästigt bleiben würden, — ferner die Interpellation Milner Gibson's wegen des Verfahrens, das die Regierung dem bekannten streitigem Völkerrechts-Punkt gegenüber zu beobachten gedenke, ob die neutrale Flagge die Waare schütze oder nicht. England, als der stärkste zur See, hat bekanntlich stets das Letztere behauptet; die Englische Freihandels-Partei erklärt es aber ohne Scheu für offene Räuberei.

Zur Maischsteuer-Frage.*)

(Eingesandt.)

(Entgegnung der Abhandlung des Herrn Landes-Oekonomie-Raths Koppe in Nr. 42 und 43 dieser Zeitung über diesen Gegenstand.)

Es hat unläugbar sein Schwieriges, vor dem Forum der Oeffentlichkeit Ansichten anzufechten, wenn diese von Personen aufgestellt werden, welche man als Autorität zu betrachten gewohnt ist. Der Herr Landes-Oekonomie-Rath Koppe ist im Gebiete der Landwirthschaft unzweifelhaft eine solche Autorität, und es könnte gewagt erscheinen, dieser gegenüber andre Ansichten zur Geltung bringen zu wollen; allein ich halte die vorliegende Frage für zu wichtig, um nicht zu versuchen, sie vom Standpunkt einer andern Auffassung aus zu beleuchten.

Es handelt sich nun darum: Wird der Consument oder der Producent die projectirte Maischsteuer-Erhöhung zu tragen haben? d. h. also, wird der Preis des Spiritus im Verhältniß der Steuer-Erhöhung steigen, oder nicht. Der geehrte Herr Verfasser vertritt in seiner Abhandlung die Meinung, der Consument würde die Steuer-Erhöhung tragen, der Spiritus also steigen. Ich bin Gegner dieser Meinung und glaube vielmehr, die Steuer-Erhöhung wird ohne Einfluß auf den Preis des Spiritus bleiben. Einerseits sprechen hierfür die Erfahrungen früherer Steuer-Erhöhungs-Perioden, andrerseits aber bedingen, meiner Ansicht nach, nicht die Productionskosten ausschließlich den Preis einer Waare, sondern hauptsächlich das Verhältniß des Vorhandenseins zum Begehr derselben, also Angebot und Nachfrage.

Der Herr Verfasser räumt selbst ein, daß wir Zeiten und Conjuncturen durchgemacht haben, in denen der Spiritus unter den Productionskosten verkauft wurde: das kam daher, weil es keine Abzugs-Canäle, also keine Nachfrage gab. Die Producenten mußten, weil sie Geld brauchten, die vorhandene Waare verkaufen, ohne die Erzeugungskosten berücksichtigen zu können. In der Lage des Geldbedarfs ist aber immer ein großer Theil der Brennereibesitzer, deshalb wird der Einfluß des Anbietens der Waare auf ihren Preis stets seine Wirkung ausüben. Man wird mir vielleicht einwerfen, der Staat suche dem Geldmangel der Brennerei-Betreibenden dadurch vorzubeugen, daß er ihnen einen Steuer-Credit gewähre. Darauf erwiedere ich: Ja! er gewährt Vielen den Credit, aber unter diesen Einigen nur bedingungsweise. Gerade aber nur den Leuten, die des Credits am meisten bedürftig sind, kann er ihn nicht gewähren, weil sie ihm nicht sicher genug erscheinen. — Der Kaufmann kauft aber nur dann, wenn er bedarf, oder wenn er Aussicht hat, daß durch vermehrte Nachfrage eine Steigerung der Preise zu erwarten steht.

Es wäre nun zu untersuchen, inwiefern die Steuer-Erhöhung die Veranlassung zu höheren Preisen gäbe. Sie würde es offenbar nur dann, wenn sie den Begehr — gegenüber dem Vorhandensein von Spiritus — vermehrte; und dies würde (wenn die bisherigen Verkehrsverhältnisse und Abzugs-Canäle dieselben blieben, was man doch annehmen muß) nur dann Platz greifen, wenn eine Anzahl Brennereien, die in Folge der erhöhten Steuer nicht mehr mit Vortheil produciren könnten, genöthigt wären, ihren Betrieb einzustellen, und somit ein geringeres Quantum Spiritus im Lande erzeugt würde. Hierdurch wäre nun den fortbestehenden Brennereien (also wahrscheinlich den größeren) auf Kosten der eingegangenen (der kleineren) ein Privilegium ertheilt.

Ob die Staatskasse dann das gewünschte Resultat der Mehreinnahme erreichte, ist fraglich; sie würde es in dem Falle, daß die Steuererhöhung den Steuerausfall der eingegangenen Brennereien überstiege. Daß aber das Eingehen von Brennereien die Bodencultur ungemein beeinträchtigen müßte, da viele Güter nachweislich gar nicht ohne Brennerei bestehen können, daß ferner das Nationalvermögen sowohl hierdurch, als auch durch das auf die Brennerei-Anlagen verwendete, dann todt liegende Capital eine bedeutende Einbuße erlitte, ist wohl außer allem Zweifel; und glaube ich, daß der geehrte Herr Verfasser in seiner Abhandlung den günstigen Einfluß der Brennereien auf die Bodencultur nicht so hoch veranschlagt hat, wie es ihm gebührt.

Könnte man Garantieen für den Fortbestand der jetzigen Spirituspreise geben, so würde unfraglich von sämmtlichen Brennereien eine erhöhte Steuer getragen werden können; obgleich der gegenwärtige Gewinn — durch verminderte Quantität und Qualität des Kartoffelertrages pro Morgen — sehr viel geringer ist, als es den Anschein haben mag. Wer aber kann sagen, wie lange diese hohen Preise noch andauern werden? — Ich komme nun zu dem Resultat: Trägt der Consument die Steuererhöhung, so leiden Cultur und Nationalvermögen, trägt sie der Producent — was wahrscheinlicher ist — so wird dieser so überbürdet, daß Mancher nicht in der Lage sein dürfte, sein Gut halten zu können; daher scheint mir in beiden Fällen die Wahl dieser Maaßregel keine glückliche zu sein.

Dölzig, den 21 Februar 1854.

von Treskow.

*) Durch Zufall verspätet.

Handel, Gewerbe und Industrie.

(Wollbericht.) Breslau, 28. Februar. Das Geschäft war im verflossenen Monate nicht sehr lebhaft, und belief sich der Umsatz auf ca. 2000 Ctr., meist Polnischer und Russischer Einschuren, welche an Sächsische Kämmer, hiesige Commissionshäuser und inländische Tuchfabrikanten verkauft wurden. Eine Kleinigkeit Schlesische Wolle wurde für Englische, und etwas feine Russische Wolle für Französische Rechnung aus dem Markte genommen. Die Preise waren unter Einwirkung der kriegerischen Nachrichten etwas niedriger als im Januar, trotz der leidlichen Wollberichte aus England.

Die von der Handelskammer zur Abfassung von Wollberichten gewählte Commission.

Vermischtes.

Halle, 27. Februar. Dem „Magd. Corr." schreibt Jemund: Am 25. d. M. befand ich mich mit einigen andern Personen zwischen 7 und 8 Uhr Abends zu Wagen unterwegs in der Nähe des Petersberges (bei Halle), als ein furchtbares Wetter, was sich bald in ein dichtes Schneegestöber verwandelte, losbrach. Als die Finsterniß am dichtesten, das Wetter am heftigsten war, sahen wir eine Feuerkugel ganz nahe, etwa 100 Fuß hoch mit dem Sturmwinde vorbeitreiben. Bald folgte eine zweite, dann zwei, dann mehrere mit einander, dann förmliche Gruppen von 10 — 20, alle in einer Linie, in derselben Richtung und gleicher Höhe. Noch während dieser Erscheinung begannen Flämmchen auf den Spitzen der neben dem Wege stehenden Obstbäume zu leuchten, fast jede aufwärts gerichtete Spitze schmückte sich mit einem matten, schimmernden Lichte, selbst auf der im Wagen steckenden Peitsche spielten zwei Funken. Einige schwache Blitze erhellten ein wenig die Finsterniß, von dem Donner hörte man, vielleicht vor dem Brausen des Sturmes, Nichts. Kaum waren die Feuerkugeln und das St. Elmsfeuer verschwunden, so ward es hell, die Sterne leuchteten zwischen den Wolkenschichten hindurch, und wir konnten den drohenden Wolkenmassen des vorübergezogenen Gewitters mit Dank gegen Gott, der bei der dichten Finsterniß uns in großer Gefahr bewahrt hatte, nachsehen. Bald darauf brach aber wieder ein Sturm mit heftigem Schneegestöber los. Die Blitze haben auch Andere beobachtet, von den anderen Erscheinungen habe ich nichts weiter erfahren können. Sie dauerten über eine Viertelstunde, und das St. Elmsfeuer erschien noch einmal nach einer Pause von fünf Minuten. Die Feuerkugeln glichen Gruppen ziehender Vögel, flogen aber pfeilschnell vorüber.

Oldenburg, 1. März. Man schreibt der Weser-Ztg.: Kürzlich ward hier einer Giftmörderin bei offenen Gerichtsthüren, in Gegenwart eines zahlreichen Publicums, das Urtheil gesprochen. Dasselbe lautete, nachdem die Todesstrafe durch das Staatsgrundgesetz aufgehoben ist, auf lebenslängliche Kettenstrafe. Die Verurtheilte ist 29 Jahre alt. Mehrere Todesfälle in ihrer Familie, die unter Anzeichen der Vergiftung vorfielen, veranlaßten im Jahre 1852 eine Untersuchung, welche bald gegen sie gerichtet wurde. Die Urtheile der Criminal-Gerichte beider Instanzen haben sie der Ermordung ihrer im Jahre 1844 verstorbenen unverehelichten Schwester und ihres im Jahre 1845 verstorbenen Vaters verdächtig erklärt und sie deshalb von der Instanz entlassen, wogegen sie für überführt erklärt ist, ihren im Jahre 1851 gestorbenen Bruder mit Anwendung von Arsenik aus Eigennutz ermordet zu haben. Die Angeklagte hat bis zuletzt hartnäckig geläugnet.

Inserate.

Familien-Anzeigen.

Verlobungen.

Die Verlobung meiner Tochter Regine mit dem Hof-Juwelier Herrn Wilhelm Friedeberg aus Berlin beehre ich mich meinen auswärtigen Verwandten und Freunden, statt jeder besondern Meldung, hiermit anzuzeigen.

Wien, den 28. Februar 1854.

Henriette Wertheimber, geb. Kaula.

Wilhelm Friedeberg, Regine Wertheimber,
Wien und Berlin. Verlobte.

Verbindungen.

Hr. Kaufmann Jackel mit Frl. Auguste Harre in Breslau; Hr. Diak. Niepach mit Frl. Elisabeth Bahr in Liegnitz.

Geburten.

Die heute Morgen 4 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Agnes, geb. Gräfin von Kanitz, von einer gesunden Tochter giebt sich die Ehre, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzuzeigen

Berlin, den 2. März 1854.

Graf von Finckenstein-Schönberg.

Ein Sohn dem Hrn. Kreisger.-Secr. Jenner in Nimptsch; Hrn. Apoth. Gomnick in Langenbielau; Hrn. Hauptmann a. D. Pollacke in Böhmwitz; Hrn. Musik-Instituts-Vorsteher Wandelt in Breslau; Ein Sohn dem Hrn. H. Gause hiers.; Hrn. Stadtrath v. Langendorff in Breslau; Hrn. Kaufmann Mirisch in Breslau.

Todesfälle.

Frl. Henriette Arensdorf hiers.; Hr. Posthalter Falckenhahn in Krotosch; Hr. Kreisgerichtsrath Göppert in Wohlau; Hr. G. Vater hiers.; Hr. Dr. med. Polenz hiers.; Frl. Clara Schulz hiers.; Hr. v. Knorr in Steinau; emer. Pastor Hr. Leitloff in Pontwitz; Hr. Kaufm. Gabriel Mendel in Liegnitz; Hr. Kaufm. Mamroth und Hr. Post-Secr. Kügler in Breslau; verw. Frau Kaufm. Dompig geb. Goy in Poln. Wartenberg; eine Tochter des Hrn. Kreis-Ger.-Secr. Tautz in Liebau.

Königliche Schauspiele.

Freitag, den 3. März. Im Opernhause. (42. Vorstellung.) Aladin, oder: Die Wunderlampe. Vorher: Versuche. — Mittel-Preise.

Im Schauspielhause. (60. Abonnements-Vorstellung.) Auf Höchstes Begehren: Die Waise von Lowood. — Kleine Preise.

Sonnabend, den 4. März. Im Schauspielhause. (61. Abonnements-Vorstellung.) Tartuffe, oder: Der Scheinheilige. Lustspiel in 5 Abtheilungen, nach Molière. Hierauf: Schuldig! Scherz in 1 Act, von F. W. Hackländer. — Kleine Preise.

Sonntag, den 5. März. Im Opernhause. (43. Vorstellung.) Auf Höchstes Begehren: Armide. Große heroische Oper in 5 Abtheilungen. Nach dem Französischen des Quinault, übersetzt von J. von Voß. Musik vom Ritter Gluck. Ballets vom Königl. Balletmeister Hoguet. — Mittel-Preise.

Im Schauspielhause. (62. Abonnements-Vorstellung.) Die Amerikanerin. Schauspiel in 5 Acten, von F. Walther. — Kleine Preise.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.

Sonnabend, den 4. März. Zum 12. Male: Der alte Fritz und seine Zeit. Lustspiel in 5 Acten, von Ed. Boas. (Der König: Hr. Görner als Gast.) Anfang 6½ Uhr.

Sonntag, den 5. März. Zum 4. Male: Die Waise aus Berlin, oder: Ein Mädchen für Alles. Parodistische Faschingsposse mit Gesang in 2 Abtheilungen und 3 Acten von C. A. Görner. Musik von A. Lang. Erste Abtheilung in 1 Act: „Hanne". Zweite Abtheilung in 2 Acten: „Schönberg", oder: „Das Haus des Gelächters". Die zweite Abtheilung spielt 7 Jahre später als die erste.

Königstädtisches Theater.

Charlottenstraße Nr. 90.

Sonnabend, den 4. März. Gastdarstellung der Senora Pepita de Oliva, erster Tänzerin vom Theater des Infanten zu Madrid. Zum ersten Male wiederholt: Drei Viertel auf Elf. Schwank in 1 Aufzug, von Grandjean. Dann: Ich lasse mich scheiden. Lustspiel in 1 Aufzug, von A. Schwarzer. Zum Schluß: Er ist nicht eifersüchtig. Lustspiel in 1 Aufzug, von A. Elz. — Nach dem ersten Stück: La Madrilena, nach dem zweiten Stück: El Ole, ausgeführt von Sennora Pepita de Oliva.

Anzeige. Bestellungen auf Billets zu den folgenden Vorstellungen der Sennora Pepita de Oliva werden im Billet-Verkaufs-Bureau, Bauschule Laden Nr. 2, angenommen. — Preise der Plätze: Erster Rang Loge 1 Thlr. ꝛc.

Sonntag, den 5. März. Gastdarstellung der Sennora Pepita de Oliva. Münchhausen. Posse mit Gesang in 3 Aufzügen, von D. Kalisch. Musik von Th. Hauptner.

Inhalts-Anzeiger.

Amtliche Nachrichten. — Ein auswärtiger Krieg. — Kammer-Verhandlungen.

Deutschland. Preußen. Berlin: Vermischtes. — Krotoschin: Chausseen. — Köln: Verhaftung.

Karlsruhe: Vermischtes. — Kassel: Zur Situation. — Hanau: Spielhölle. — Oldenburg: Erzherzog Stephan. Jahde-Busen. — Flensburg: Jugendgesetz. — Luxemburg: Verhandlungen im Haag. Eisenbahn.

Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: Personalien. Vermischtes.

Ausland. Frankreich. Paris: Subventionen. Stockungen im Handel und Wandel. Fastenpredigten. Lamennais Tod und seine Dante-Uebersetzung. Handels-Bälle. Eine Proclamation Ledru-Rollin's. Vermischtes. Zwei Gräber. Lamennais. Rousseau. Kammer.

Großbritannien. London: Hofnachricht. Personalien. Offizielle Bewegung. Kriegsminister. Sir Charles Napier. Parlaments-Verhandlungen.

Italien. Turin: Telegraphen-Vertrag. Von Pius IX. Neapel: Erdbeben in Consenza.

Spanien: Die Folgen des Aufstandes in Saragossa. Die Regierungs-Maaßregeln. Die Lage Spaniens.

Schweden. Stockholm: Gerüchte. Telegraph. Matrosen.

Türkei. Scutari: Truppen-Aushebung gewünscht. Diplomatischer und militairischer Kriegsschauplatz.

Börse von Berlin den 3 März.

Anfangs der Börse wurden zu erheblich niedrigeren Coursen viele Verkäufe ausgeführt, später entstand durch mehrere Käufe eine entschiedene Besserung, die aber nicht bis zum Schlusse anhielt.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiw. Anleihe	4½	93 G.	Westp. Pfdbr.	3½	85 B.
St.-Anl. v. 50	4½	92½ bez.	Schles. do.	3½	
do. v. 52	4½	92½ bez.	d. B. v. St. gar.	3½	
do. v. 53	4	86 G.	Rentenbriefe:		
St. Schuldsch.	3½	77 bez.	Kur- u. Neum.	4	90¾ B.
Seeh. Präm. f.	—		Pommersche	4	
K. u. N. Schld.	3½		Posensche	4	83 bez.
Brl. St.-Obl.	4½		Preußische	4	
do. do.	3½		Rh. u. Westph.	4	91½ B.
K. u. Nm. Pfdb	3½	90 bez.	Sächsische	4	
Ostpreuß. do.	3½		Schlesische	4	84 bez.
Pomm. Pfdbr.	3½	90 a ½ bez.	P. B. Anth. sch.	—	92 a 94 a 93 bz.
Grßh. Pos. do.	4		C.-B. Bk. Act.	—	
do. do.	3½		P. Gldm. à 5 t.	—	108½ B.

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Aach.-Düsseld	4		Ludw.-Verb.	4	92½, 91½ 93½
do. Prior.	4		Ludw.-Mainz.	4	[bez. u. B.
Aach.-Mastr.	4	38½, 40, 39½ bz	Mgdb.-Hlbrst.	4	135 bez.
Amst.-Rotterd.	4		Mgdb.-Witt.	4	28½ bez.
Berg.-Märk.	4	49½, 51, 50½ bez.	do. Prior.	4½	
do. Prior.	5		Mecklenburg.	4	29½, 31½, 31 bez.
do. 2. Ser.	5		N.-Schl. Mrk.	4	80 a ½ bez.
Brl. An. A. B.	4	88, 92, 91 bez.	do. Prior.	4	
do. Prior.	4		do. 3. Ser.	4	
Berl.-Hamb.	4	81, 83, 82 bez	do. 4. Ser.	5	90 bez.
do. Prior.	4½		do. do. Zwgb.	—	35 G.
do. 2. Em.	4½		Nordb. Fr. W.	4	31½, 33, 32½ bez.
Brl. P. Mgdb.	4	69, 71, 70 bez.	do. Prior.	5	
do. Prior.	4		Oberschl. L. A.	3½	131, 134½, 33½ b
do. do.	4½	90 B.	do. L. B.	3½	113, 116, 115 bz.
do. L. D.	4½	90 B.	do. Prior.	4	78 a 82 bez.
Berl.-Stettin	4	101, 3, 102½ bez.	Prz. W. St. V.	4	20½ bez.
do. Prior.	4½		do. Prior.	5	
Bresl.-Freib.	4	82 a 83 bez.	do. 2. Ser.	5	
Brieg-Neisse	4		Rheinische	4	50½, 52½, 51½ bz.
Cöln-Minden	3½	91, 94, 93 bez.	do. St.-Prior.	4	
do. Prior.	4½		do. Prior.	4	
do. do.	5	92 bez.	do. v. St. gar.	3½	
do. do.	4		Ruhr. C. K. G.	3½	
Düsld. Elbrf.	4		Starg.-Posen	3½	70 G.
do. Prior.	4		Thüringer	4	79, 85, 83 bez.
Frankf.-Han.	3½	77 G.	do. Prior.	4½	90 bz.
do. Homb.	3	83 bez.	Wilhelmsbhn.	4	106, 112, 110 b.

Ausländische Fonds.

Rss. Engl. Anl.	5	81 a 83 a 82½ bz.	Oestr. Metall.	5	61 a 62½ a 62 bez.
do. do. do.	4½	71 a 73 B.	Sard. C.-Anl.	5	
do. bei Stiegl.	4	68 B.	Kurh. P. 40 t.	—	29 bez.
d. p. Schatzobl.	4	59 bez.	N. Bad. A. 35 fl	—	20½ G.
Poln. Pfandb.	4	84 B.	Sch. Lippe PS	—	
do. Bk.-C. L. A.	5	75 G.	Brschw. B.-A.	4	95½, 97, 96 bez.
do. do. L. B.	—		Weimarsch. do.	4	88½ a 90 bez.
P. P.-O. 500 fl.	4		Dess. B. A. L. A	4	
do. a 300 fl.	—		do. b. L. B.	4	

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 2 März. Nordbahn 35. Metall. 5% 61½. do. 4½% 54½. Bank-Actien —. 1834r Loose —. 1839r Loose —. 3% Spanier 32½. do. 1% 17½. Badische Loose —. Kurhessische Loose 30. Wien 88½. Lombardische Anleihe —. Hamburg 88½. London —. Paris 94½. Amsterdam 100½. Livorno-Florenz —. Ludwigshafen-Berbach 99. Mainz-Ludwigshafen 81½. Frankfurt-Hanauer 81½. Frankfurt-Homburg —.

Wien, 2. März. Silber-Anlehen 106. 5% Metall. 85. 4½% Metall. 74½. Bank-Actien 1220. Nordbahn 219. do. Prior. —. 1834r Loose —. 1839r Loose 118. Lombardische Anleihe —. Gloggnitzer —. London 13,00. Augsburg 133½. Hamburg 100. Frankfurt —. Paris 158. Amsterdam —. Geld 37½. Silber 31½. Anfangs panischer Schrecken, am Schluß günstigere Stimmung.

Paris, 2 März, Nachmittags 3 Uhr. Rente eröffnete 67,20 und schloß bei mattem Geschäft zur Notiz: 3% Rente 67. 4½% Rente 96,50. 3% Span. 32½. 1% do. —. Oester. Silber-Anlehen 78.

(Tel. Correspond.-B.)

Auswärtige Börsen.

Stettin, 2. März. Freiwillige Anleihe 96½ B. Neue Preußische Anleihe pr. 1850 95½ B. Staats-Schuld-Scheine 84 B. Pommersche Pfandbriefe 95 B. Pomm. Rentenbriefe 94 B. Pomm. Bank-Actien 540 B. Stettiner Eisenbahn-Actien — B. Prior. 102 B. Stargard-Posener 80 B. — Preußische National-Versicherungs-Actien 119 B. Stadt-Obligationen 3½% — B., 93 G. do. 4½% 103. Stettiner Börsenhaus-Obligationen —. Speicher-Actien 110 B. Strom-Versicherungs-Actien 210 B. Schauspielhaus-Obligationen 104 B.

Breslau, 2. März. Poln. Papiergeld 93½ B. Oestr. Banknoten 74½ B. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 82½ B. Oberschlesische Lit. A. 138½ B. do. Lit. B. 119½ B. Krakau-Oberschlesische Obl. — B. Niederschlesisch-Märkische 84 B. Cosel-Oderberger 119½ B. do. neue 95 B. Neiße-Brieger 47 B. Köln-Mindener 97½ B. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33½ B. Berlin-Hamburger — B. Mecklenburger 31½ B. Rheinische 52½ G. Ludwigshafen-Berbacher 97½ B. Aachen-Mastrichter — B. Löbau-Zittauer — B. Glogau-Sagan 34½ G.

Leipzig, 2. März. Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Actien 148 B., 146 G. Sächsisch-Baiersche 83 B., — G. Sächsisch-Schlesische 99½ B., — G. Löbau-Zittau 26 B., — G. Magdeburg-Leipzig 250 B., — G. Berlin-Anhalter — B., 94 G. Berlin-Stettiner — B., 107 G. Köln-Mindener — B., — G. Thüringer — B., 85½ G. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn — B., — G. Altona-Kieler — B., — G. Anhalt-Dessauer Landes-Bankactien — B., 129 G. Braunschweig. Bank-Actien — B., 100 G. Weimarische Bankactien — B., 90 G. Preuß. Bankantheile — B., — G. Wiener Banknoten 76 B., 75½ G.

Hamburg, 2 März. Berlin-Hamburg 83 G. Magdeburg-Wittenberge 28 G. Köln-Mindener 92 G. Mecklenburger 30½ G. Altona-Kieler 86 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn — B. Span. 3% 30 G. do. 1% 16½ G. Sardinier 67 G. Metall. 5% — B. Disconto — % G. 4½% Russen — B. 5% Russen 80 G. Börse sehr flau auf das Russische Manifest.

Madrid, 25. Februar. 3% 35. 1% 18½. Coupons 3 %.

Markt-Berichte.

Berliner Getreidebericht vom 3. März. Weizen loco n. Qual. 84 — 96 Rt. Roggen loco n. Qual. 63 — 68 Rt., 82 Pfd. pr. Mai-Juni 62½ Rt. Brief 61 Rt. G. 82 Pfd. pr. Frühjahr 61½ a 60½ Rt. verk.

Erbsen, Kochwaare, 72 — 75 Rt. Erbsen, Futterwaare, 68 — 71 Rt. Hafer loco nach Qualität 34 — 37 Rt. Gerste, große, loco nach Qualität 55 — 56 Rt. Rüb-Oel loco 11½ Rt. bz. u. B; 11½ Rt. G. pr. März 11½ Rt. Brief 11½ Rt. Geld. pr. März-April 11½ B. 11½ Rt. Geld. pr. April-Mai 11½ Rt. bez. u. B. 11½ Rt. Geld.

Lein-Oel 13½ Rt. B. 13 Rt. G. Rapps 90 Rt. B. 88 Rt. G. Rübsen 89 Rt. B. 87 Rt. G. Sommersaat fehlt. Spiritus loco ohne Faß 31 a 30½ Rt. verk. mit Faß 30½ Rt. bez. pr. März-April 30½ Rt. B. 30½ Rt. G. 30½ a ¼ Rt. bez. pr. April-Mai 30½ Rt. bez. B. u. G. pr. Mai-Juni 31 Rt. B. 30½ Rt. G.

Roggen und Spiritus weiter gewichen.

Rüböl loco ziemlich behauptet; Termine matt.

Stettin, 2. März. Weizen ruhiger, loco eine kleine Parthie fein weißer Poln. 88 — 89 Pfd. 93 Rt. bez., pr. Frühjahr 88 — 89 Pfd. gelber 95 a 95½ Rt. bez., 96 Rt. B. — Roggen behauptet, loco 84 Pfd. Maßersatz 64 Rt. bez., 85½ Pfd. (45 Wispel) 65 Rt. bez., 86 Pfd. 66 Rt. bez., 82 Pfd. pr. Frühjahr 64 a 64½ a 64 Rt. bez., 64½ B. Gerste pr. Frühjahr 74 — 75 Pfd. 50½ Rt. bez. Hafer pr. Frühjahr 52 Pfd. 37 Rt. G., 37½ Rt. B. Erbsen ohne Geschäft. — Weizenmehl und Roggenmehl geschäftslos. Rapps und Rübsen ohne Geschäft. Winterrübsen zuletzt mit 80 Rt. bez. Winterrapps —. Rappkuchen —. Leinkuchen —. Heutiger Landmarkt: Weizen 90 a 97, Roggen 64 a 69, Gerste 46 a 55, Hafer 33 a 35, Erbsen 64 a 72. — Rüböl stille, loco 11½ Rt. B., 11½ Rt. G., pr. Februar-März 11½ Rt. B., pr. März —, pr. Frühjahr —, pr. März — April —, pr. April —, pr. April — Mai 11½ Rt. bez. u. B., pr. Mai 11½ Rt. G., pr. Mai — Juni —, pr. Juni — Juli —, pr. Juli — August —, pr. August —, pr. August — September 11½ Rt. bez., pr. September — October 11½ Rt. bez., 11½ Rt. B. Leinöl ohne Handel. Leinsamen ohne Handel. Spiritus flau, am Landmarkt ohne Faß 11½ a 11½ % bez., loco mit Faß 11½ % bez. u. B., pr. Februar — März —, pr. März 11½ % bez., 12 % G., pr. März — April —, pr. Frühjahr 11½ % G., 12 % B., pr. April — Mai —, pr. Mai — Juni 11½ % B., pr. Juni 11 % B., pr. Juni — Juli 11½ Pfd. bez. u. G., 11 Pfd. B. Zink pr. Frühjahr 7½ Rt. B. Kleesamen ohne Handel. Thymothee ohne Geschäft.

Breslau, 2. März. Weizen flau, selbst vorzügliche Gattungen billiger. Roggen gefragt und besonders gute Waaren wesentlich höher. Man bezahlte weißen Weizen 90 — 107 Sgr., gelben 90 a 107 Sgr., Roggen 72 a 81 Sgr., Gerste 67 a 73 Sgr. und Hafer 38 a 43 Sgr. In Oelsaaten nichts angetragen, ohne Kauflust. Raps —, Sommerrübsen —, Winterrübsen —, und Leinsaaten —. Für weißes Kleesaat bei vermehrten Zufuhren mehr Frage. Man bezahlte für ord. 15 a 16 Rt., für mittel 17 a 18 Rt., für fein mittel 19 Rt. und für extra fein weißes 22 Rt. Rothes ord. 15 Rt., mittel bis 16 Rt., fein mittel 17 Rt. und extra fein 18 Rt. Spiritus ohne besonderes Geschäft und loco 13½ Rt. G., pr. März —, pr. April —. Rüböl loco 12½ Rt. bez., 12½ Rt. B., Lieferung ohne Handel. — Zink ohne Handel. In Rübenzucker kein Umsatz.

Magdeburg, 2. März. Weizen — a — Rt., Roggen — a — Rt., Gerste — a — Rt., Hafer — a — Rt. Weizen 80 a 92 Rt., Roggen 68 a 74 Rt., Gerste 50 a 60 Rt., Hafer 37 a 40 Rt. nach Qual. Kartoffel-Spiritus loco 43½ a 43½ Rt. pr. 14,400 % Tralles.

Hamburg, 2. März. Weizen und Roggen sehr stille. Oel loco 25, pr. Mai 24, pr. October 22½. Kaffee ruhig. Zink flau.

Wien, 1. März. Rüböl bleibt in steigender Tendenz und wird bereits 33½ Rt. trans. gerne bewilligt. Spiritus. Die Meinung und Preise für diesen Artikel behaupten sich für Schlußwaare, besonders bei weit hinausgeschobenen Lieferungen und sind einige tausend Eimer zu 47 Rt. pr. Gr. contrahirt worden. Prompte Waare ist jedoch wegen Ueberfüllung des Platzes und der schwierigen Geldverhältnisse gedrückt und mit 45½ a 46 Rt. ausgeboten und wurden auch einige Posten zu diesem Preise verkauft.

Pesth, 28. Februar. Spiritus. Die hohen Getreidepreise, welche die Erzeugung erschweren, erhalten trotz des schwachen Consums die Preise fest. Gemacht 500 Eimer im Heveser Comitate loco Brennerei zu 45 Rt.

London, 27. Februar. Zufuhr von Englischem Weizen geringfügig, was die Factoren in den Stand setzte, 1 a 2 s pr. Qr. höhere Preise zu erzielen. Die zahlreichen Kauflustigen aus dem Inlande beschränkten ihre Ankäufe auf den augenblicklichen Bedarf, so nur Detailgeschäft zu den höchsten Notirungen. Für Gerste gute Frage, beste Partien 1 s pr. Qr. höher. — Bohnen und Erbsen unverändert. In Hafer lebhafteres Geschäft zu den höchsten Preisen voriger Woche. Mehl 1 s pr. Faß höher als letzhin.

Amsterdam, 1. März. Weizen 130 Pfd. weiß. Gröm. 460 Fl.; 125 Pfd. roth. do. 405 Fl. Roggen 117 Pfd. j. Petersb. 320 Fl. Gerste ohne Handel. Hafer ohne Handel. Raps pr. Frühjahr ½ L. niedriger, Herbst etwas flauer, 9 Faß im April 68 L., September — L., October u. November 64 L. Leinsaamen ohne Handel. Rüböl unverändert, auf 6 Wochen 39 Fl., effect. 37½ Fl., pr. Mai 37½ Fl., pr. September 36½ Fl., pr. October 36½ a ½ Fl., pr. November 36½ Fl., pr. December 36½ a ½ Fl. Leinöl auf 6 Wochen 31½ Fl., effect. 30½ a ½ Fl., pr. März 30 a ½ Fl., pr. April — Fl., pr. Mai 31 a ½ Fl., pr. Frühjahr — Fl., pr. Herbst — Fl. Hanföl auf 6 Wochen 39 Fl., effect. 37½ Fl. — Rappkuchen — Fl., Leinkuchen — Fl.

Eisenbahn-Anzeiger.

Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Januar-Einnahme	564173	Fl.
vor. J.	493216	Fl.
d. J. mehr	70957	Fl.

Barometer- und Thermometerstand bei Petitpierre.

	Barometer.	Thermometer.
Am 2. März Abds. 9 U.	28 Zoll 10 Linien	+ 2 Gr.
Am 3. März Morg. 7 U.	28 Zoll 10 Linien	+ ½ Gr.
Mittags 12 U.	28 Zoll 8⁸⁄₁₀ Linien	+ 7 Gr.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von F. Heinicke.

Verlag von F. Heinicke in Berlin, Deßauerstraße 5.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauerstr. 5.